



STICHWORT BAYER

Die anderen Informationen
zu einem multinationalen
Chemiekonzern

Der Tag der Abrechnung

Großer Erfolg für BAYER-
KritikerInnen

WEITERE THEMEN

Nahrungsmittel aus dem BAYER-Labor

Aus deutschen Chemie-Labors frisch
auf den Tisch

In der Höhle des Löwen

20 Jahre COORDINATION GEGEN
BAYER-GEFAHREN
20 Jahre Widerstand, Kritik, Gegenwehr

Richter in weißen Kitteln

Zwielichtige Gutachter im Auftrag
von BAYER & Co





10 Jahre Umwelt-Kasperletheater

Seit 10 Jahren bereits beglückt der „patentiertere Umweltkasper“ der Puppenbühne Dieter Kassani die Kinder der Republik. Vom ehemaligen Umweltminister Klaus Töpfer aus der Taufe gehoben, aus den Umwelтетats von BAYER, HENKEL und dem DEUTSCHEN RING bezahlt, brachte man es allein im letzten Jahr auf 1.400 Vorstellung vor über 500.000 Kids. Sogar auf Helmut Kohls Kanzlerfest und bei einer Partei-Veranstaltung Gerhard Schröders ging schon der Vorhang auf. „Nur die Grünen haben uns seltsamerweise noch nicht eingeladen“, wundert sich Dieter Kassani.

So wundersam ist das nicht. Denn das Agitprop-Theater lehrt die Kinder vor allem eines: Jeder soll beim Umweltschutz bei sich selber anfangen und keiner bei BAYER & Co.. Also beim Zähneputzen das Wasser nicht laufen lassen, Duschen statt Baden und das Pausenbrot schön in einem Leinensäckchen verstauen. Daß allein das Leverkusener BAYER-Werk so viel Wasser verbraucht wie die ganze Stadt Köln, stand natürlich nicht auf dem Spielplan.

Jan Pehrke

Inhalt

DER TAG DER ABRECHNUNG

Großer Erfolg für BAYER-KritikerInnen

Seite 4

NAHRUNGSMITTEL AUS DEM BAYER-LABOR

Aus deutschen Chemie-Labors frisch auf den Tisch

Seite 12

DIE GENTECHNIK KOMMT INS MUSEUM

Vertrauensbildende Maßnahmen

Seite 14

IN DER HÖHLE DES LÖWEN

20 Jahre COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN

20 Jahre Widerstand, Kritik, Gegenwehr

Seite 18

RICHTER IN WEISSEN KITTELN

Zweilichtige Sachverständige im Auftrag von BAYER & Co

Seite 23

IG FARBEN VOR GERICHT

Vergangenheitsbewältigung im Kalten Krieg

Seite 26

Impressum

STICHWORT BAYER - Die anderen Informationen zu einem multinationalen Chemiekonzern 16. Jahrgang, Postvertriebsstück F 10848

Hg.: COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. (CBG e. V.)

Für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze bei BAYER - weltweit.

Die CBG ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das vom multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern Interessierte zusammenschließt und die Tätigkeit dieses Multis kritisch begleitet. Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch, Tier und Mitwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen. Je ein Exemplar von STICHWORT BAYER wird dem Vorstand des BAYER-Konzernes, Kaiser-Wilhelm-Allee, 51373 Leverkusen, übersandt. LeserInnen haben somit die Möglichkeit, die Konzernleitung zu bitten, zu bestimmten, in STICHWORT BAYER behandelten Themen, Stellung zu beziehen.

Redaktion: v.i.S.d.P. Hubert Ostendorf (ho), Mitarbeit: Philipp Mimkes (pm), Axel Köhler-Schnura (aks), Uwe Friedrich (uf), Volker Rekkittke (vr), Jan Pehrke (jp), Udo Hörster (uh)

e-mail: Co_gegen_Bayer@Nadeshda.gun.de

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG), Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf.

Wir bitten um Zusendung von LeserInnen-, Protest- und Bestellbriefen. Geschäftsstelle: Fon (0211) 333911, Fax: (0211) 333940

Bankverbindungen: Ökobank Frankfurt/Main, Konto-Nr. 17 96 12, BLZ 500 90 100

Eigenverlag, Vertrieb: CBG

Layout: Rike Casper

Druck: Tiamat, Düsseldorf

Anzeigen: Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 01.01.1997 (1/1 S. sw DM 1.000,-, 1/2 S. DM 600,-

1/3 S. = 1 Spalte DM 350,- zzgl. MWSt.)

STICHWORT BAYER erscheint in 4 Ausgaben pro Jahr jeweils zum Ende des Quartals.

Abopreise:

- * Einzelabo (wird nur an Privatadressen geliefert, nur für Einzelpersonen möglich) DM 60,- (auf Antrag Ermäßig. auf DM 30,- mögl.)
- * Für Archive, Vereine, Firmen, Institutionen etc. DM 120,- (für Projekte ohne Geld Ermäßigung möglich)
- * Gruppenabo (5 Hefte je Ausgabe für den Vorstand/die Mitglieder) DM 140,-
- * Ausland: Preise wie Inland
- * Soli-Abo: Hier kann der Betrag über den regulären Betrag freiwillig erhöht werden. (Damit ermöglichen wir Abos für Knäste und Bedürftige.)
- * Freiverkaufsabo: Nur zusätzlich zu einem regulären Grundabo möglich, DM 3,- je Heft je Ausgabe inkl. Porto
- * Austausch-Abo mit anderen Zeitungen möglich und erwünscht
- * Für Mitglieder und Förderer der CBG ist das Abo eines Heftes im Mitgliedsbeitrag enthalten.
- * Einzelmitgliedschaft mind. 120,-/Jahr
- * Fördermitgliedschaft mind. 180,-
- * Gruppenmitgliedschaft bis 100 Mitgl. = 200,-, über 100 Mitgl. = 300,-, über 500 Mitgl. = 500,- DM
- * KEYCODE BAYER: Personen/NGO's = 24 \$/Jahr, Institutionen = 100 \$/Jahr, Soli-Abos = 150 \$/Jahr

Der Nachdruck von Artikeln aus STICHWORT BAYER ist ausdrücklich erwünscht. Diskette oder eMail bitte unter 0211/33 39 11 anfordern. Bitte Quelle angeben und zwei Belegexemplare übersenden. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bilder und Fotografien wird keine Haftung übernommen. Rechtlich geschützte Warenzeichen werden in STICHWORT BAYER ohne gesonderten Hinweis genannt. Daraus ist nicht auf die freie Verwendbarkeit der Markennamen zu schließen.



Liebe Leserinnen und Leser !



Uie-Liang Liou

Gemeinsam haben wir einen großen Sieg errungen: BAYER-Chef Manfred Schneider mußte im März bekanntgeben, daß die umstrittene TDI-Fabrik in meiner Heimat Taiwan nicht gebaut wird. Nachdem die Regierung der Provinz Taichung ein Referendum über das Projekt angekündigt hatte, verzichtete der Konzern auf den Bau der Anlage. Augenscheinlich wünscht der Konzern keine Mitbestimmung der betroffenen Bevölkerung! Vorausgegangen waren zweijährige Proteste der örtlichen Bevölkerung, große Demonstrationen und die Gründung der Bürgerinitiative "Anti-Bayer Action Union". Der Unmut meiner Landsleute richtete sich vor allem gegen das großspurige Auftreten der BAYER-Vertreter: die taiwanische Regierung sollte quasi umsonst einen Bauplatz zur Verfügung stellen und auf eine Umweltverträglichkeitsprüfung verzichten, die Bevölkerung wurde über das Projekt in keiner Weise informiert, und jeder Protest wurde als "kommunistisch" diffamiert. Auch mit platten Unwahrheiten,

in arrogantem Stil vorgebracht, wurde argumentiert. "Wir bauen die sichersten Anlagen der Welt, bei BAYER hat es noch nie einen Störfall gegeben", so ein Firmensprecher. Als ich auf der letzten BAYER-Hauptversammlung auf die Probleme in meiner Heimat hinwies, wurde mir vom Großen Vorsitzenden lediglich beschieden, ich "solle hier keine vorbereitete Rede vortragen". Die AktivistInnen der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) haben uns in der Auseinandersetzung unschätzbare Hilfe geleistet. Ohne sie hätten wir nicht von den Problemen mit BAYER in anderen Ländern erfahren. Über den Besuch des CBG-Vorstandsmitglieds Uwe Friedrich in Taiwan und seine Kritik an der gefährlichen TDI-Produktion haben Zeitungen und Fernsehen im ganzen Land berichtet. Und als im letzten Sommer eine TDI-Anlage in Dormagen explodierte, hat die CBG uns sofort informiert und Fotos und Fernsehberichte zugeschickt. Hierdurch wurde die Diskussion in Taiwan nachhaltig beein-

flußt und ein vorläufiger Baustopp erreicht. Dieser Erfolg gegen den übermächtigen Konzern konnte nur durch die erfolgreiche internationale Kooperation errungen werden!

Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, um der CBG an dieser Stelle zu ihrem 20sten Jubiläum zu gratulieren. Wir freuen uns über Euer Engagement, Euer Mut und Euern langen Atem! Die multinationalen Konzerne scheinen heute die wahren Herrscher der Welt zu sein, und die Politiker scheuen jede Auseinandersetzung mit ihnen. Daher ist es umso wichtiger, daß Bürgerinitiativen, Umweltschutzverbände und Betroffene ihre Interessen bündeln und den Mächtigen auf die Finger schauen. Die deutsch-taiwanische Zusammenarbeit ist hierfür ein gelungenes Beispiel.

Ihre Uie-Liang Liou

劉威良



Großer Erfolg für BAYER-KritikerInnen

Der Tag der Abrechnung

Das Geschäftsjahr 1997 verlief für BAYER wieder einmal äußerst erfolgreich: Ein Umsatzzuwachs von 6,4 Milliarden Mark und eine Gewinnsteigerung von 7 %. Einen "Wachstumsschub, wie wir ihn seit Beginn der achtziger Jahre nicht mehr hatten", bejubelt BAYERs Vorstandsvorsitzender Manfred Schneider. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CGB) präsentierte auf der Hauptversammlung im April die Gegenrechnung: negative Umweltbilanz, Arbeitsplatzvernichtung, mangelnde Entschädigung von BAYER-AIDS-Opfern, unlautere Geschäftspraktiken wie Bestechung und Ausbeutung von Beschäftigten in der "Dritten Welt".

Von Udo Hörster



„BAYER got profits, I got AIDS“. Weithin sichtbar wehte Todd Smiths' von schwarzen Gasluftballons gehaltenes Transparent vor dem Eingangsbereich zur BAYER-Hauptversammlung in den Kölner Messehallen. Mit einem Plakat gleicher Aufschrift demonstriert der amerikanische Bluter, der durch BAYER-Blutpräparate mit HIV infiziert wurde, regelmäßig jede Woche vor dem BAYER-Werk in Berkeley, Kalifornien. In diesem Jahr ist der teilweise auf einen Rollstuhl angewiesene Ingenieur erstmals in die Bundesrepublik gereist, um die BAYER-Obersten leibhaftig mit dem Pharma-Skandal zu konfrontieren. Am Tag vor der Hauptversammlung hatte Smith sogar gemeinsam mit dem deutschen Bluter und BAYER-Opfer Karl Caspari versucht, in der Leverkusener BAYER-Zentrale Manfred Schneider persönlich zur Rede zu stellen - vergeblich.

Erstaunt hielten die AktionärInnen vor der ungewöhnlich Manifestation des Rollstuhlfahrers inne. Durch Flugblätter konnten sie sich über die Hintergründe des Skandals, der viele Tausend Bluter das Leben kostete, informieren. Einige Besucher begannen, mit Todd und den übrigen ProtestlerInnen zu diskutieren. Manche reagierten aber auch schroff mit sich selbst disqualifizierenden Sprüchen wie

„die Schwulen sind doch selbst schuld“. Besonders ignorant zeigten sich die TV-Teams von WDR und ZDF. Überschwenglich von BAYERs PR-Abteilung begrüßt, bemühten sie sich nach Kräften, zu übersehen, was schlicht nicht zu übersehen war. Mit äußerster Gewandtheit filmten die Kamera-Männer um die Gruppe der AktivistInnen herum, die Flugblätter verteilten und mit den AktionärInnen diskutierten. Es war offensichtlich, daß man sich durch das unvorhergesehene Ereignis nicht die schon feststehende Dramaturgie der Routine-Beiträge über den Haufen werfen lassen wollte.

Während Todd Smith, Mitglieder der COORDINATION und TierversuchsgegnerInnen draußen vor der Messehalle noch auf die Kehrseiten der BAYER-Bilanz hinwiesen, mußte drinnen schon der große, 5.000 Personen fassende Saal wegen Überfüllung geschlossen werden. Für einige AktionärInnen endete die gerne auch als „Butterfahrt der kleinen Leute“ titulierte BAYER-HV vorerst auf den billigen Plätzen vor der Video-Leinwand.

Der Große Vorsitzende spricht

Satzungsgemäß eröffnete der Vorstandsvorsitzende Dr. Manfred Schneider die Hauptversammlung mit einer Jubel-Arie

über die guten Zahlen und die noch besseren Zukunftsaussichten. Die Gegenanträge bezeichnete er pauschal als „zweifelhaften Cocktail“. Auf einige seiner Bestandteile ging er dennoch detaillierter ein. BAYERs Taiwan-Schlappe, die Aufgabe des Plans, dort ein TDI-Werk zu errichten, führte der BAYER-Boss allein auf „mangelnde Planungssicherheit“ zurück. Die massiven Proteste vor Ort, die auf die mangelnde Sicherheit der TDI-Produktion für Mensch, Tier und Umwelt aufmerksam machten, erwähnte er mit keinem Wort. Auch den Dormagener „Störfall“ spielte Schneider herunter. Aus der Anlage waren im Juli vergangenen Jahres durch ein geplatzt Rohr 12 Tonnen des krebserregenden Stoffes Toluyldiamin ausgetreten. Das „Störfall-Management“ sei in diesem Fall vorbildlich gewesen, und eine 100 %ige Garantie könne es eben nie geben. Rosige Aussichten. Besonders süffisant kommentierte der Vorstandsvorsitzende die Gegenanträge, die sich mit „100 Jahre Heroin“ und BAYERs Vermarktung der Droge als Hustensaft befaßten. „Wir sind es ja gewohnt, uns mit historischen Themen der letzten 60 Jahre auseinanderzusetzen (er meinte die IG FARBEN), aber 100 Jahre, nein.“ Das ginge eindeutig zu weit und stelle nur die Verblendung der Konzern-KritikerInnen unter Beweis.

Nach der Eröffnungsrede schlug erstmal die Stunde der KleinaktionärInnen. Die Funktionäre ihrer Verbände hatten sichtlich Spaß daran, auch einmal Industrie-Kapitän zu spielen und versuchten, sich noch ökonomischer als die Ökonomen vom Vorstand zu gebärden. Warum in diesem und jenem Bereich die Umsatzrendite denn von 14 auf 13,1 % gefallen sei, und ob die Form des Mischkonzerns wirklich die Lösung für die Zukunft wäre, wollten sie vom Vorstandsvorsitzenden wissen. Besonders das Schreckgespenst der „Quersubvention“, die Alimentierung weniger florierender Geschäftsteile durch profitablere, trieb sie um.

Die andere Bilanz

Axel Köhler-Schnura von der CGB eröffnete die lange Reihe der konzernkritischen Gegenreden. Er ergriff sogleich die Gelegenheit, Hintergrund-Informationen zum „mustergültigen Vorgang“ Taiwan zu geben, die Manfred Schneider in seiner Eröffnungsrede wohlweislich verschwiegen hatte. Weitere Schwerpunkte seiner „Jahresbilanz“ waren die massive Streichung von Arbeitsplätzen bei BAYER, der Bluter-Skandal und die umweltgefährdende Dünnsäure-Verknappung. Die Sozialwissenschaftlerin Maria Mies sprach zum MAI, dem Multilateralen Abkommen über

Investitionen. Von BAYER und anderen multinationalen Konzernen vorangetrieben, soll diese Deregulierungsoffensive in- und ausländische Investitionen gleichstellen - was de facto die Souveränität von Nationalstaaten außer Kraft setzt. In Gestalt von sog. „Sonderwirtschaftszonen“ in den ärmeren Regionen hat sich das Kapital schon solche rechtsfreien Räume geschaffen, wie die Professorin berichtete. Angelika Horster (BUND), Mitglied der Störfall-Kommission, offenbarte der Vorstandsetage detailliert die Wartungs- und Verfahrensfehler wie eine verdünnte Durchlassung und ein unterschiedlicher Durchfluß, die mit dazu führten, daß im Dormagener Werk zwei Rohre platzten und 12 Tonnen hochgiftiger Substanzen austreten konnten. Obwohl die Unfallursache noch nicht restlos geklärt sei, wurde die Anlage wieder in Betrieb genommen, kritisierte sie. Die Pharmakologin Dr. Sigrig Müller erteilte den Erwartungen einen Dämpfer, die BAYERs PR-Abteilung schon jetzt anläßlich der im Herbst geplanten Markteinführung des Alzheimer-Präparats METRIFONAL weckt. Sie berichtete, daß es in der klinischen Erprobung des Medikamentes, dessen Basis ein Pestizid-Wirkstoff ist (!), bei einigen Probanden zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen gekommen ist und sogar zu Verwirrheitszuständen, also

Die andere Bilanz

Der Alternative Geschäftsbericht

Auch in diesem Jahr ist von der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN wieder der „Alternative Geschäftsbericht“ erstellt worden. Er enthält alle Reden der Kritischen AktionärInnen im vollen Wortlaut, die Antworten des BAYER-Vorstandes, sämtliche Gegen-Anträge und Tagesordnungserweiterungen, Aktionsberichte, die BAYER-Bilanz der letzten 10 Jahre und weitere Informationen. Er umfaßt ca. 70 Seiten, kostet 23 DM (incl. 8 DM Porto) und ist zu bestellen bei: CGB, Postfach 15 04 18, 4008 Düsseldorf oder unter Telefon: 0211-333911 oder Fax: 0211-333 940

exakt zu dem, wogegen das Präparat eigentlich helfen sollte. Als ethisch verwerflich geißelte sie den Tabubruch BAYERs, Menschenversuche mit nicht zustimmungsfähigen PatientInnen durchgeführt zu haben. Hubert Ostendorf schilderte die zwielichtigen Geschäftspraktiken des Multis, der nicht mal vor Bestechungen zurückschreckt. Er überführte den Konzern sogar des Wortbruches. Hatte Manfred Schneider auf der letzt-



jährlichen Hauptversammlung noch zugesichert, die Werbung für Kinder-ASPIRIN einzustellen, da das Präparat hohe Risiken birgt, so präsentierte Ostendorf den verblüfften AktionärInnen eine Kinder-ASPIRIN-Werbeannonce aus Guatemala. Daß es sich bei dieser Geschäftspolitik nicht um einen Einzelfall handelte, demonstrierte der Redebeitrag Philipp Mimkes. Denn auch die Versicherung, sich aus der Produktion von Pestiziden der Toxizitätsklasse 1 zurückzuziehen, hielt BAYER nicht ein. Einen analogen Fall zu „BAYERgate“ in Portugal zitierte der Geschäftsführer der CGB mit den illegalen Preisabsprachen der BAYER-Tochter HAARMANN & REIMER, gegen die in den USA ein Kartellverfahren anhängig ist. Wie wenig BAYER gewillt ist, sich an demokratische Gepflogenheiten zu halten, wenn es ans Eingemachte geht, mußte Uwe Friedrich (CGB) erfahren. Die Ausführungen von jemandem, der vor Ort in Taiwan war und dort mit PolitikerInnen und AktivistInnen zusammentraf, mochte Versammlungsleiter Hermann J. Strenger nicht über sich ergehen lassen. Er unterbrach Friedrich mehrfach und zwang ihn schließlich dazu, das Rednerpult zu verlassen.

Doc Schneider antwortet nicht

Die Antworten Manfred Schneiders auf die geballte Konzernkritik fielen einsilbig aus, wenn er die Berechtigung der Vorwürfe nicht gleich barsch zurückwies. Nur einmal, im Falle der Resistenz-Bildungen gegen Antibiotika, räumte er einem Kritiker ein, in der Tat ein wichtiges wissenschaftliches Problem angesprochen zu haben. Er schob aber gleich nach, daß eine Hauptversammlung nicht der geeignete Ort für die Erörterung dieses Themas sei. Nicht die geeignete Adresse sei BAYER nach Meinung des Vorsitzenden auch in den Fragen „MAI“ und „Untersuchung des Dormagener Störfalls“. Da sollte man sich doch an die politischen Gremien bzw. die zuständigen Behörden wenden, beschied er den RednerInnen knapp.

Eine Antwort auf die Frage, wie hoch der Anteil der Pestizide auf Phosphat-Basis, einer besonders gefährlichen Art, am Umsatz sei, umging er mit dem Hinweis, BAYER gebe grundsätzlich keine Verkaufszahlen einzelner Produkte preis. Keine Auskunft auch zu den Entschädigungen für Bluter: da gebe es noch ein schwebendes Verfahren. An ein anderes

schwebendes Verfahren, das „unerfreuliche“ gegen die BAYER-Tochter HAARMANN & REIMER, mochte er hingegen nicht erinnert werden. Völlig aus der Luft gegriffen die Behauptung, der Verkauf der Zitronensäure-Produktion hänge mit dem Kartell-Prozeß in den USA zusammen. Nein, nein, alles nur Konzentration auf das Kern-Geschäft.

Konnte Schneider sich nicht hinter solchen Sprachformeln verschanzen, wurde er ausfallend. Schon aus der Art ihres Vortrags würde hervorgehen, daß sie dem Thema nicht gewachsen sei, entgegenete er Angelika Horster aus der Störfall-Kommission, offensichtlich, um ihre Argumente zu entkräften. Besonders infam aber seine Reaktion, als Hubert Ostendorf ihn mit der Werbung für Kinder-ASPIRIN konfrontierte. Er bestritt schlichtweg den Sachverhalt und behauptete dumm dreist, es handle sich bei der Annonce lediglich um einen „Malwettbewerb für Kinder“!

Ein BAYER-Opfer klagt an

Mit einem Kritiker konnte es sich der Vorstandsvorsitzende aber nicht so leicht machen. Als ein Helfer den Rollstuhlfahrer Todd Smith nach vorn brachte, er neben dem Rednerpult halten mußte, da es zu hoch war, und der amerikanische Bluter statt dessen in ein von einem Saalordner gehaltenes Mikrophon sprechen mußte, setzte im Saal eine beklemmende Stille ein. Hier war jemand, den man nicht so einfach als Kommunist, Radikal-Ökologen oder Chaot diffamieren konnte, sondern leibhaftig die Folgen unnachgiebiger Profitgier dokumentiert. Todd Smith berichtete den AktionärInnen detailliert von BAYERS HIV-verseuchten Blutpräparaten, „die eine ganze Generation von Blutern ausgelöscht haben“. Und das, obwohl das Risiko einer Kontamination Konzern-intern bekannt war und man nur die umständlichen und kostenintensiven Test- und Behandlungsverfahren umgehen wollte. Selbst als in den USA der Test obligatorisch wurde, verkaufte BAYER unbehandelte Chargen weiter in andere Länder wie z. B. Japan. „Wollen Sie so wirklich einen Konzern ins nächste Jahrtausend führen, Herr Schneider?“, fragte Smith eindringlich am Ende seiner Rede.

So direkt mit einem BAYER-Opfer konfrontiert, mußte sich Schneider um mehr Takt bemühen, als er sonst im Tagesverlauf zeigte. „Wir bedauern das tragische Schicksal aller Menschen, die betroffen sind“, rang er sich ab. „Tragisches Schick-

Kritische AktionärInnen siegen vor Gericht

(dka/swb) Gegen den Willen des Vorstands der DEUTSCHEN BANK durfte der Dachverband der Kritischen AktionärInnen sechs zusätzliche Punkte auf die Tagesordnung der Hauptversammlung der Bank am 20. Mai setzen. Dies entschied das Amtsgericht Frankfurt auf Antrag des Kölner Vereins. Der Vorstand des Geldhauses hatte die Bekanntmachung der ökologisch und sozial motivierten Zusatzpunkte mit einer juristisch unhaltbaren Begründung abgelehnt. „Es wurde Zeit, den selbstherrlichen Rechtsbeugungen Einhalt zu gebieten, die sich die großen Aktiengesellschaften seit Jahren leisten“, triumphiert Dachverbands-Geschäftsführer Henry Mathews, der die Veröffentlichung der kritischen Tagesordnungspunkte im Bundesanzeiger durchsetzen konnte. Als Vertreter der Darmstädter Familie Nold ließ der Dachverband die AktionärInnen der Bank auf der Hauptversammlung darüber abstimmen, ob „die Wahrung der Interessen ihrer Beschäftigten“, „die Gleichbehandlung von Frauen und Männern“, „die weitestgehende Wahrung gewerkschaftlicher Rechte“ und „der nachhaltige Schutz der menschlichen Gesundheit und der natürlichen Umwelt“ künftig Grundlage und Voraussetzung für alle Geschäfte der DEUTSCHEN BANK sein sollen.

sal“, eine Worthülse, die gerade in der Bundesrepublik immer gern verwendet wird, wenn man ein negatives Faktum anerkennen muß, seinen eigenen Anteil daran aber verschleiern will. Ein Schuld-Eingeständnis wollte der BAYER-Mann nämlich nicht leisten. Statt dessen zitierte er als Persilschein ein Gerichtsurteil, daß dem Konzern bescheinigte „verantwortungsbewußt“ und „dem Stand der Technik gemäß“ gehandelt zu haben. Dann schloss er mit dem schon leidlich erprobten „Aber sie müssen verstehen, daß eine Hauptversammlung nicht der geeignete Ort ist“ seine Ausführungen.

Ein geeigneter Ort ist eine Hauptversammlung nur dafür, hemmungslos dem Terror der Ökonomie zu huldigen, dem

solche Menschen wie Todd Smith dann zum Opfer fallen. Diese Tagesordnung ein wenig durcheinandergebracht und dem Konzern eine politische, ökologische, wissenschaftliche und soziale Gesamtbilanz seines verantwortungslosen Tuns präsentiert zu haben, war nun schon im 18. Jahr der Verdienst der KonzernkritikerInnen.

Kritische Reden und Antworten, die keine sind „Das ist abwegig und absurd“

(ho) Selten zuvor haben die Reden der kritischen BAYER-AktionärInnen die Führung des Leverkusener Multis so erobert wie in diesem Jahr. Wurden sonst die Argumente und Vorhaltungen zumeist zähneknirschend und mit steinernen Mienen ertragen, so fiel es den Herren auf dem Podium diesmal besonders schwer, Gelassenheit zu demonstrieren. Entsprechend schnöde, unwirsch und unsachlich fielen die Antworten von Vorstandschef Dr. Manfred Schneider aus, der die Argumente der ungeliebten KritikerInnen pauschal als „absurd“ und „unbegründet“ verunglimpfte.

Schon in seiner Eröffnungsrede gab sich Konzern-Chef Schneider ungehalten. (Die entsprechenden Passagen sind im offiziell ausgegebenen Redemanuskript nicht enthalten.) Schneider führte die mit Unterstützung der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) in Taiwan erfolgreich durchgeführten Aktionen zur Verhinderung einer gefährlichen Produktionsanlage, bei der bisweilen über 5.000 Menschen auf die Straße gingen, (der Bau der Anlage konnte tatsächlich verhindert werden), ohne die Monate andauernden Proteste auch nur mit einer Silbe zu erwähnen, auf „mangelnde Planungssicherheit“ zurück. Der Fall Taiwan sei „ein Musterfall für eine frühzeitige und umfassende Öffentlichkeitsarbeit“, die Kritik der GegnerInnen dagegen eine „rechtlich umstrittene Hinhaltetaktik“. Wie mustergültig die Informationspolitik des BAYER-Konzerns in Taiwan tatsächlich war, wird allein schon daraus ersichtlich, daß die dortige Bevölkerung von einem Beinahe-GAU in der als Referenzbetrieb angeführten Anlage in Dormagen erst durch die COORDINATION erfahren hat. Doch für BAYER-Chef Schneider hat die Freisetzung von 12 Tonnen krebserregender Substanzen ohnehin keine große Bedeutung. Schneider wört-

lich: „Nachhaltige Umweltbeeinträchtigungen hat es nicht gegeben.“ So einfach ist das.

Geradezu ausfallend wurde Schneider, als er den Gegenantrag zu „Heroin“ abschmettete, freilich ohne die von BAYER entwickelte Droge beim Namen zu nennen. Schneider wörtlich: „Wie absurd argumentiert wird, können Sie daran erkennen, daß sogar ein Ereignis aus dem letzten Jahrhundert“, in dessen Zusammenhang Schneider von „Hustensaft“ redete, „angeführt wird“. „Das“, so Schneider, „ist abwegig.“

Insgesamt sind nach Auffassung von BAYER die von der CBG eingereichten Tagesordnungspunkte „unzulässig und daher nicht mitgeteilt worden“, ein klarer Verstoß gegen das Aktienrecht. Denn den KritikerInnen wurden über 200.000 Aktien übertragen (Nennwert über 1 Mio Mark), eine Summe, die dazu berechtigt, die Erweiterung der Tagesordnung zu verlangen. Schneider begründet seinen nach Auffassung der CBG rechtswidrigen Akt allein damit, daß ihm die seit „15 Jahren“ eingereichten, „in keinem Fall stichhaltigen“ Argumente nicht gefallen. Wörtlich: „Die Behauptungen sind reine Meinungsäußerungen, zu einem zweifelhaften Cocktail zusammengemixt, die das Ansehen der Firma und meiner Mitarbeiter herabsetzen. Deshalb“, so Schneider, „fehlt mir einfach das Verständnis dafür ... zumal es sich ... um Argumente handelt, die wir bereits vielfach in zahlreichen Hauptversammlungen behandelt haben“. Fazit des Vorstandsvorsitzenden: „Wir halten die Gegenanträge für unbegründet.“

„...werde ich keine Stellung beziehen“

Auf der BAYER-Hauptversammlung am 30. April 1998 traten 12 kritische AktionärInnen ans RednerInnen-Pult, um die Herren von Vorstand und Aufsichtsrat - Frauen hat es in der über 130jährigen Konzerngeschichte noch nie in der Führungsriege gegeben - mit der schmutzigen Seite ihrer Hochglanzbilanz zu konfrontieren.

Axel Köhler-Schnura (CBG) geißelte in seiner leidenschaftlich vorgetragenen Rede den tausendfachen Tod durch HIV-verseuchte BAYER-Medikamente und den Rausschmiß unzähliger ArbeitnehmerInnen trotz glänzender Gewinne. BAYER-Chef Schneider bestätigte immerhin, Köhler-Schnura „habe gute Werbung für Ihre Gruppe gemacht“. Ansonsten verweigerte Schneider die eingeforderten und

Profitsplitter

(aks) Im Jahr 1997 wurde ein Gewinn vor Steuern in Höhe von 5,1 Mrd. DM ausgewiesen. Jede/r weiß, daß ein solchermaßen ausgewiesener Gewinn nur einen Bruchteil des tatsächlichen Gewinns darstellt, denn auch BAYER wird alles tun, um die Steuern zu minimieren und sich entsprechend schlecht zu rechnen. Bei einem ausgewiesenen Eigenkapital in Höhe von 23,9 Mrd. DM entspricht der erzielte Gewinn einer Rendite von 21,3 Prozent.

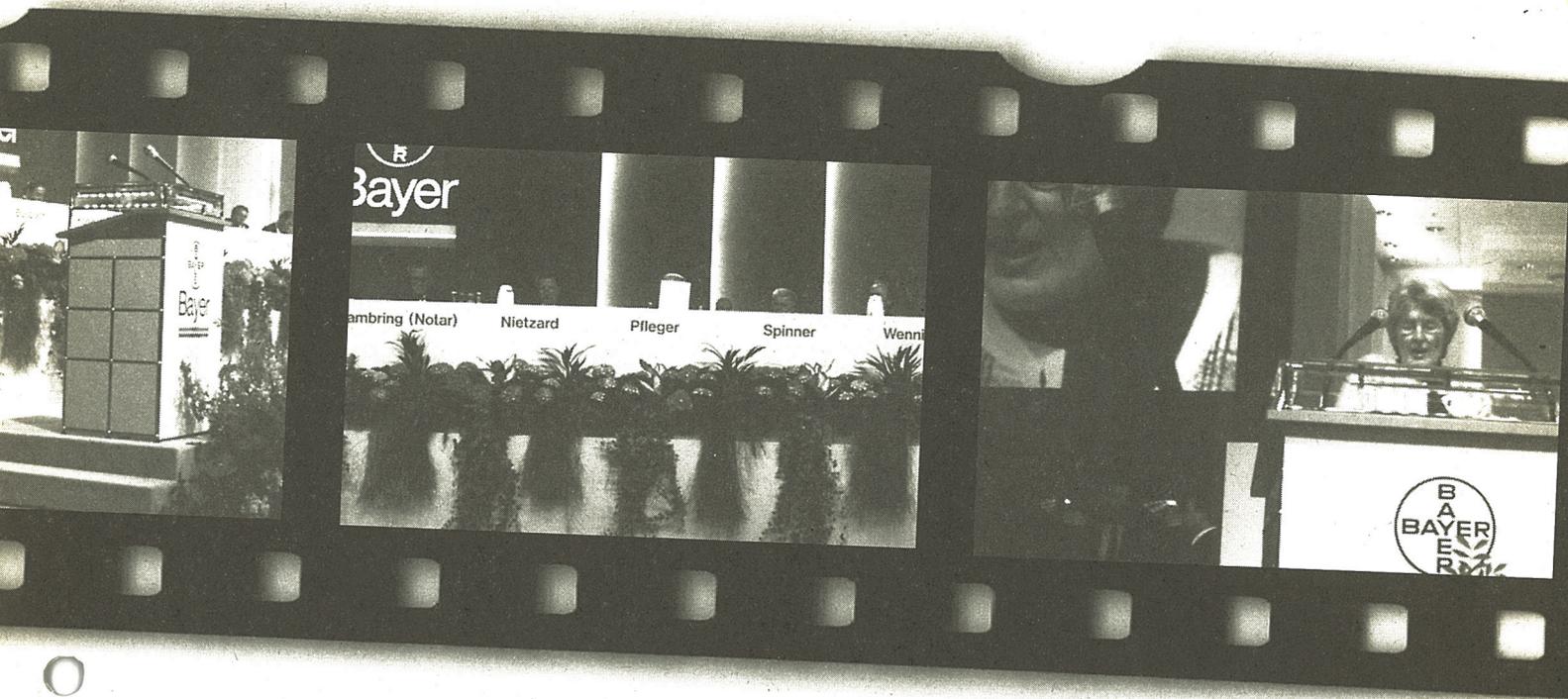
Für 1997 wurde eine Dividende von 1,90 DM ausgeschüttet. Das entspricht einer Rendite von 38 % auf den Nennwert der 5-DM-Aktien.

Auch die Eigenkapitalrendite liegt mit 13 Prozent noch deutlich über dem Zins jedes Sparbuchs.

Der 8-köpfige Vorstand kassierte allein an ausgewiesenen Gehältern 15,5 Mio. DM. Im Durchschnitt also pro Kopf 1,94 Mio. DM jährlich bzw. 161,5 TDM monatlich.

Erbringen müssen diese Profite heute 145 Tsd. MitarbeiterInnen, die im Durchschnitt jährlich 110.764 DM verdienen. Dabei wurden von 1989 bis 1997 26.000 Arbeitsplätze vernichtet. Der Umsatz stieg im gleichen Zeitraum von 43 Mrd. DM auf 55 Mrd., der ausgewiesene Gewinn von 4,1 Mrd. DM auf 5,1 Mrd. DM.

aktienrechtlich vorgeschriebenen Antworten mit genervtem Unterton: „Ich darf Ihnen eines grundsätzlich sagen: Ich werde nicht noch einmal auf das Thema HIV eingehen, weil es ... überhaupt nichts Neues gibt. ... Es handelt sich um Vorgänge aus den 80er Jahren. ... Zu schwebenden Verfahren werde ich hier einfach keine Stellung beziehen. Dazu ist die Hauptversammlung nicht der geeignete Ort.“ Die Kritik des Diplom-Kaufmanns Köhler-Schnura an den Massenentlassungen konterte Schneider mit einer Beleidigung: „Ihre Meinungsäußerungen zu volkswirtschaftlichen Themen ... möchte ich nicht kommentieren. ... Wir werden in Deutschland etwa 700 bis 800 Stellen (allein in 1998, ho) abbauen. Wenn Sie hier schon mit Zahlenbeispielen operieren (Köhler-Schnura stellte einen Zusammenhang zwischen der Gewinnsteigerung und der Arbeitsplatzvernichtung dar, ho),



dann sollten Sie auch wissen, was schon im zweiten Semester gelehrt wird. ... Mehr ist zu Ihrer Anmerkung nicht zu sagen."

Prof. Dr. Maria Mies sprach zum Multilateralen Abkommen über Investitionen (MAI). Bei der Antwort auf ihre Ausführungen geriet Vorstandschef Schneider ins Stottern und belegte eindrucksvoll, daß er offensichtlich gar nicht richtig zugehört hatte: „Sie, äh, ja, ich weiß gar nicht so genau, was Sie eigentlich wollten. ... Das gehört nicht auf die Hauptversammlung, das ist Sache der Regierung. ... Wenn Sie glauben, den Gang der Verhandlungen (gemeint ist das von BAYER und der Industrielobby gewünschte MAI, SWB berichtete, ho) beeinflussen zu wollen, dann ist die Bundesregierung Ihr Ansprechpartner."

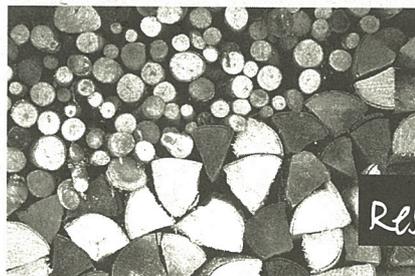
Dr. Stefan Lanka (Biologe der regimed, Dortmund) bezichtigte den BAYER-Konzern des Wissenschaftsbetruges in Sachen HIV. Das sog. AIDS-Virus, so Lanka, gebe es in Wirklichkeit nicht, und die BAYER-Forscherin Prof. Dr. Helga Rübsamen-Waigmann habe eine als Aufnahme eines isolierten HI-Virus bezeichnete Darstellung in Umlauf gebracht, die überhaupt keinen Virus zeige, und damit gegen international gültige Kriterien des wissenschaftlichen Diskurses verstoßen (SWB wird in seiner nächsten Ausgabe ausführlich berichten.) BAYER-Chef Schneider äußerte sich zu den schwerwiegenden Vorwürfen Dr. Lankas über-

haupt nicht und war auch nicht bereit, mitgebrachte „Beweisunterlagen“ einzusehen bzw. von den UnternehmenswissenschaftlerInnen beurteilen zu lassen. Lanka bot sogar öffentlich an, BAYER solle doch gegen seine Vorwürfe Klage erheben. Darauf ging Schneider überhaupt nicht ein. Der BAYER-Mann wörtlich: „Ihre unverschämten Angriffe weise ich an dieser Stelle ... zurück. Sie müssen mir auch zugestehen, daß ich Schwierigkeiten hatte, den Sinn Ihrer Ausführungen zu verstehen.“ Also wieder einmal nicht richtig zugehört? Dieser Eindruck ergab sich auch bei der Antwort auf die Rede des Ingenieurs Bernd Wagner, der auf krankmachen-

de und tödliche Industriegifte vor allem am Arbeitsplatz und auf gefährliche Pestizide hinweisen wollte. Versammlungsleiter Hermann Josef Strenger, Vorsitzender des BAYER-Aufsichtsrates, unterbrach Wagner mehrfach in seiner Rede und stellte ihm schließlich ganz das Mikrophon ab. Als Wagner sich ein zweites Mal in die noch offene Rednerliste eintragen wollte, verweigerte man ihm zunächst das Vortragsrecht. Erst als er formal Widerspruch zu Protokoll gegeben hatte, ließ Strenger ihn erneut ans Pult. Eine Antwort auf seine zweite Rede erhielt Wagner jedoch nicht. Offensichtlich



TIAMATdruck GmbH



Ressourcen erhalten!

Luisenstraße 69 • 40215 Düsseldorf
Tel. 02 11/37 94 00 • Fax 02 11/38 40-368

reichte die Kürze der Zeit den hinter den Kulissen tätigen Ghostwritern nicht einmal, um eine pauschale Verunglimpfung zu formulieren. Auf Wagners ersten Redebeitrag entgegnete Schneider: „Für die Erfassung medizinischer Daten gibt es rechtliche Vorschriften, an die wir uns halten. ... Ich halte es für unverantwortlich, was sie zu angeblichen Todesfällen vortragen. ... Wenden Sie sich doch an die entsprechenden Justizstellen.“ Schließlich: „Ich meine, daß dieses Thema wohl nicht für die Hauptversammlung geeignet ist.“ Eine ähnliche Auffassung vertrat Versammlungsleiter Strenger bei der Rede von Uwe Friedrich (CBG), der den BürgerInnenprotest gegen eine Anlage in Taiwan thematisierte (s. o.). Friedrich wurde so oft in seinem Vortrag unterbrochen, daß er schließlich entnervt das Handtuch warf und das RednerInnen-Pult unter Protest verließ.

Unterbrochen wurde auch Hubert Ostendorf (CBG), der sich gezwungen sah, zweimal zu den AktionärInnen zu sprechen. Er verurteilte die Weigerung Schneiders, zum Thema „AIDS“ zu sprechen, obwohl ein Betroffener aus den USA persönlich seinen Fall vorgetragen habe (s. u.). Außerdem stellte er Fragen zu einem Bestechungsskandal in Portugal (SWB berichtete) und übergab dem Vorstand eine Original-Anzeige von BAYER aus Lateinamerika, in der - entgegen anderslautenden Beteuerungen auf der letzten Hauptversammlung - für Kinder-ASPIRIN geworben wird, ein Mittel, das unter Umständen schwere Nebenwirkungen bis hin zum Tod verursachen kann. BAYER-Chef Schneider ging weder auf die Vorwürfe noch auf die Fragen ernsthaft ein. Schneider wörtlich: „Sie sind ja auch schon ein alter Streiter auf dieser Hauptversammlung. ... Bei der ASPIRIN-Werbung in Guatemala handelt es sich nicht um eine Anzeige für „Kinder-ASPIRIN“. ... Den Vorwurf der Bestechung in Portugal weise ich entschieden zurück.“ Und nun, drohend: „Halten Sie sich doch bitte - im eigenen Interesse - mit den Anschuldigungen zurück.“ (Die vorgetragenen Anfragen zu Portugal entstammen einem Bericht des Zweiten Deutschen Fernsehens.) Schneider weiter: „Unsere Verfahren, Produkte und Anlagen sind sicher. ... Und wenn Sie eine andere Auffassung haben, dann stehen Sie damit im Gegensatz zu uns, und nicht nur zu uns, denn unsere Meinung zählt bei Ihnen ja nicht, sondern auch zu ... (nicht näher benannten, ho) Experten.“

Weil Schneider die vorgelegte ASPIRIN-Anzeige trotz offensichtlich gegenteiliger Beweislage nicht anerkennen wollte, trat Hubert Ostendorf ein zweites Mal ans Mikrofon: „Die Antwort von Dr. Schneider zeigt, wie es der BAYER-Konzern mit der Wahrheit hält. Auf der Anzeige ist deutlich der Werbeslogan 'ASPIRINA PARA NINOS' zu lesen.“ Schneider antwortete spitzfindig: „Bei der Anzeige handelt es sich um eine Auflistung von Kindern, die an einem Malwettbewerb teilgenommen haben. Wir halten Ihre Vorwürfe für unbegründet. Wenn Sie anderer Ansicht sind, dann ist das Ihr Problem. ... Und ich sage nochmals: ASPIRIN ist für Kinder weltweit zugelassen.“

Den Höhepunkt der Redebeiträge bildeten die Ausführungen von Todd Smith, der eigens aus den USA angereist war, um die Führung des BAYER-Konzerns aufzufordern, sich für die Infektion von Blutern mit HIV durch ein Medikament zu entschuldigen. (Auszüge aus der Rede auf Seite 11). Todd Smith mußte seinen Vortrag vom Rollstuhl aus halten. Er sprach in bewegenden Worten (in deutscher Sprache.) Die Antwort Schneiders kam einer Verhöhnung der Opfer gleich: „Wir bedauern ... das tragische Schicksal. ... Ich kann Ihnen persönlich versichern, daß wir Verständnis ... haben. Dennoch muß ich Ihre Unterstellungen ... mit allem Nachdruck zurückweisen. Wir haben uns mit diesem schwiegen Thema auf einer Reihe von Hauptversammlungen beschäftigt. ... In vielen Gerichtsverfahren in den USA ist festgestellt worden, daß BAYER ... zu jeder Zeit verantwortungsbewußt ... im Einklang mit bestehenden Vorschriften ... gehandelt hat.“ Todd Smith kommentiert von seinem Platz im Saal aus: „Kein Wunder. BAYER hat mit allen Mitteln dafür gekämpft, daß zu der Zeit, als die meisten Bluter infiziert wurden, gesetzliche Vorschriften zum Test der Medikamente nicht erlassen wurden. Die Argumentation von Schneider ist zynisch.“ Entsprechend kaltblütig lehnte der Vorstandsvorsitzende auch eine Wiedergutmachung - was für ein Wort angesichts vieler Tausend Toter - und sogar eine öffentliche Entschuldigung ab: „Nun lassen Sie mich zu der Entschädigungsfrage kommen.“ Daß „in den unterschiedlichen Ländern verschiedene finanzielle Regelungen getroffen worden sind (in Japan erhalten die Betroffenen umgerechnet ca. 650.000 Mark, ho), liegt daran, daß es sich um unterschiedliche Systeme handelt.“ Schneider abschließend: „Ich kann

Ein Sieg über die Macht des Kapitals

(aks) Der BAYER-Konzern hat ein Grundkapital von 3,652 Milliarden DM. Dieses teilt sich auf in 730,4 Millionen Aktien mit einem Nennwert von jeweils 5 DM.

Auf der Hauptversammlung waren ca. 6.000 AktionärInnen anwesend. Sie repräsentierten 47,3 Prozent des Grundkapitals, also 1,73 Milliarden DM bzw. 346,0 Millionen Aktien.

Ein Blick in die Präsenzliste - das Verzeichnis aller anwesenden AktionärInnen - zeigte, daß 99,5 Prozent des anwesenden Kapitals von lediglich etwas mehr als einem Dutzend Banken, Versicherungen und Investmentfonds gehalten wurden. Die restlichen ca. 5.980 AktionärInnen repräsentierten lediglich 0,5 Prozent des anwesenden Kapitals, also gerade einmal 8,7 Mio. DM bzw. 1,7 Millionen Aktien. Dies deckt sich auch mit der Tatsache, daß der/die durchschnittliche BAYER-Aktionär/in ca. 100 - 200 BAYER-Aktien à 5 DM Nennwert im Depot hält.

In Vorbereitung der Hauptversammlungsaktionen wurden den KritikerInnen der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFÄHREN und des Dachverbandes der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre ca. 240.000 Aktien übertragen. Mehr als jemals zuvor! In den Abstimmungen auf der Hauptversammlung stimmten für die Anträge der KritikerInnen in der Regel ca. 350.000 Aktien. Es entschieden sich also im Saal noch ca. 110.000 Aktien zusätzlich für die KritikerInnen.

Da nicht davon auszugehen ist, daß die genannten anderthalb Dutzend GroßaktionärInnen mit den KritikerInnen stimmten, müssen also zwischen 500 und 1.000 der anwesenden KleinaktionärInnen sich für die Gegenanträge von COORDINATION und Dachverband entschieden haben. Ein Schlag ins Gesicht des Konzerns. Trotz aller Diffamierungen und Polemiken ist es dem Management nicht gelungen, die KritikerInnen zu isolieren. Im Gegenteil, ein Großteil der anwesenden AktionärInnen stellte sich in den Abstimmungen demonstrativ auf die Seite der COORDINATION und des Dachverbandes.

nur hoffen, Herr Smith, daß Sie Verständnis haben, daß unsere Hauptversammlung nicht der geeignete Ort ist."

Auszüge aus der Rede von Todd Smith

„Ich bin Bluter und habe viele Jahre für die Behandlung meiner Krankheit Medikamente der Firma BAYER verwendet. Diese Medikamente wurden aus menschlichem Blutplasma gewonnen und haben mich und Tausende andere Bluter in den USA und der übrigen Welt mit dem AIDS-Virus infiziert. Viele sind an AIDS gestorben und viele haben Frauen und Kinder mit dieser Krankheit unwissentlich infiziert. All dieses Leid wurde durch ein Produkt ausgelöst, das hätte sicher sein können! Herr Schneider, ich frage Sie persönlich: Warum hat BAYER seine Kunden nie vor diesen Gefahren gewarnt? Warum wurde uns Blutern bis zum heutigen Tag nicht mitgeteilt, daß die Blutprodukte mit solch hohen Risiken behaftet sind? Schon 1982 war bekannt, daß AIDS

genauso wie Hepatitis über das Blut übertragen wird. Seit Jahrzehnten gab es Verfahren, um Blutplasma von Viren zu befreien. Aber zwischen 1980 und 1984 wurden diese Verfahren aus Kostengründen nicht für die Bluterpräparate eingesetzt. Die bestehende Technik wurde nicht eingesetzt, da sich bei diesem Verfahren die Menge des Plasmas auf ein Viertel reduziert hätte. Dementsprechend wären auch die Profite der Firma BAYER geschrumpft. Finanzielle Gründe waren also wichtiger als die Sicherheit der Patienten! Diese Entscheidung hat Tausenden von Blutern das Leben gekostet!

Ab 1985 brachte BAYER behandelte Blutprodukte auf den Markt. Trotzdem wurden die schon hergestellten und unbehandelten Produkte weiterverkauft. BAYER empfahl sogar den Zwischenhändlern, zunächst die unbehandelten Produkte zu verkaufen und erst danach die behandelten. Als die Federal Drug Administration den Verkauf der unbehandelten Produkte in den USA endgültig verbot, wurden die übriggebliebenen Produkte in Entwicklungsländer wie Costa Rica verkauft.

Herr Schneider, warum wurden die infizierten Produkte nicht vernichtet? Warum mußten noch mehr Bluter infiziert werden?

In vielen Ländern hat BAYER finanzielle Entschädigungen an Bluter geleistet, allerdings in allen Ländern in unterschiedlicher Höhe! Die japanische Regierung hat eine angemessene Entschädigung durchgesetzt. In den USA zahlt BAYER gerade mal ein Zehntel dieser Summe, 100.000 Dollar für jedes zerstörte Leben! Hunderte von Amerikanern, darunter auch ich, haben das beschämende Angebot ihres Unternehmens nicht akzeptiert. Wir werden ihr unglaubliches Fehlverhalten weiter verfolgen.

Zusammen mit anderen Betroffenen demonstriere ich jede Woche in Berkeley, Kalifornien, vor den Toren der Fabrik von BAYER. Viele Menschen ermutigen uns bei diesem Protest, sogar Beschäftigte der Firma BAYER. Aber alle Angestellten der Firma BAYER, die mit uns reden, müssen befürchten, ihre Arbeit zu verlieren. Ich frage den Vorstand: Werden alle Mitarbeiter, die sich um die Sicherheit der Produkte sorgen, mit der Kündigung bedroht?"

GEGENMACHT VON UNTEN ...

... und wertvolle Informationen für das Leben und Überleben in unserer von den Multis bestimmten Welt.

STICHWORT BAYER ist ein einzigartiges Info-Magazin und ein wichtiges Stück öffentlicher Kontrolle. In den Zeiten von sozialer Erosion und Globalisierung wichtiger denn je!

Wir meinen, die Kontrolle muß wirksamer werden. STICHWORT BAYER braucht mehr AbonnentInnen und Abonnenten. Helfen Sie mit, abonnieren auch Sie!

✂ G.O.U.P.O.N.

Ja, ich möchte die konzernkritische Arbeit der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) unterstützen. Dafür erhalte ich viermal im Jahr das aktuelle STICHWORT BAYER.

- Ich möchte Förderer werden, und zwar mit einem monatlichen Beitrag von DM (mindestens 10 DM/Monat bzw. 120 DM/ Jahr).
- Ich möchte STICHWORT BAYER abonnieren, und zwar für DM (mindestens 5 DM/ Monat, bzw. 60 DM/Jahr)
- Ich erhalte STICHWORT BAYER bereits regelmäßig und möchte zusätzlich noch weitere Hefte für 3 DM (incl. Porto) zur Weitergabe an FreundInnen und Bekannte.

Ich möchte aktiv mitarbeiten.

Ich möchte das Stimmrecht für BAYER-Aktien an die Kritischen BAYER- AktionärInnen übertragen.

EINZUGSERMÄCHTIGUNG

Hiermit ermächtige ich die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e.V. bis auf Widerruf von meinem Konto DM

monatlich vierteljährlich halbjährlich jährlich per Lastschrift einzuziehen.

Bank Kontonummer BIZ

Adresse Tel. Datum, Unterschrift

Bitte ausschneiden und einsenden an:

Coordination gegen BAYER-Gefahren, Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf, Fon 0211 - 33 39 11, Fax 0211 - 33 39 40, eMail Co_gegen_Bayer@Nadeshda.gun.de

Aus deutschen Chemie-Labors frisch auf den Tisch

Nahrungsmittel aus dem BAYER-Labo

Die industrielle Lebensmittelproduktion ist ohne diverse Zutaten aus den Chemie-Labors undenkbar. Besonders die Geschmacksingeneure entfalten einige Kreativität. Sie gewinnen Erdbeeraroma aus Sägespäne, Vanillin aus den Abfällen der Papier-Industrie und Fleischextrakt aus Klärschlamm. Einer der Branchenführer: Die BAYER-Tochter HAARMANN & REIMER.

Von Jan Pehrke

75 % aller Lebensmittel stammen aus industrieller Fertigung. Was von außen unscheinbar wie Brot, Wurst oder Jogurt aussieht, ist von innen ein High-Tech-Konglomerat aus Ersatzstoffen, künstlichen Aromen, Bindemitteln, Enzymen und Farb- und Konservierungsstoffen. „Mit so einer Zwiebel kann KNORR doch gar nicht arbeiten“, ereifert sich ein HAARMANN & REIMER-Mitarbeiter. Sie ist, anders als die hauseigenen Imitate, die eine Werbe-Broschüre anpreist, nicht „in gleichbleibender Qualität, zu jeder Zeit, in beliebiger Menge und zu vernünftigen Preisen verfügbar“. Sondern mal groß, mal klein, von unterschiedlichem Geschmack und je nach Ernte-Ertrag mal teurer oder sehr viel teurer als die Aroma-Doublette. Für eine Tütensuppen-Produktion am Fließband bietet eine echte Zwiebel entschieden weniger Planungssicherheit.

15.000 Tonnen an Geschmackstoffen, die für 15 Millionen Tonnen Lebensmittel reichen, schlägt die Branche pro Jahr um. HAARMANN & REIMER hat, neben Parfümölen, Duftstoffen und diversen Zusatzstoffen zur Lebensmittel-Herstellung, über 7.000 Geschmäcker im Angebot. Seit es Wilhelm Haarmann 1874 gelang, Vanille synthetisch nachzubauen, und er damit den Grundstein für den Aroma-Multi legte, erweiterte sich die Produkt-Palette

stetig. Und die einzelnen Stoffe bieten die unterschiedlichsten Anwendungsmöglichkeiten. Zitronensäure beispielsweise sorgt für die Bißfestigkeit von Obst, für das Spritzige in der Cola, für das Streichzarte von Schmelzkäse und bindet Schwermetalle im Wein. Blei- und Zinkrückstände können so sein kräftiges Rot nicht eintrüben. Ein ähnlicher Tausendsassa ist Vanillin. Es findet sich in Schweinsleberwurst, Baby-Nahrung, Süßigkeiten und verlängert die Haltbarkeit von Lebensmitteln.

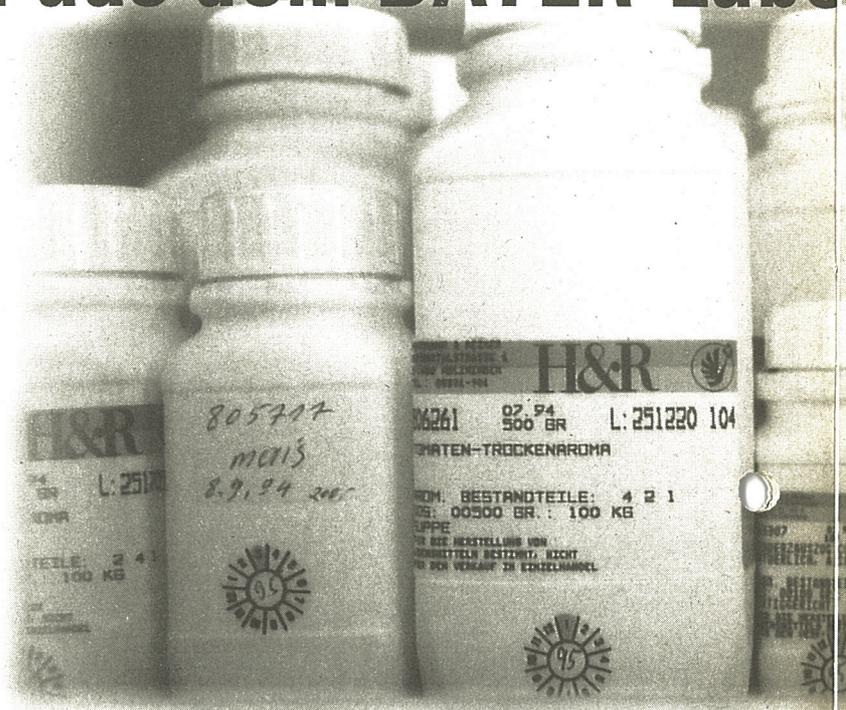
„Modernste Biotechnik“
Enzyme von Mikroorganismen produzieren einen Großteil der Substanzen. Diese Eiweiße, die bestimmte chemische Reaktionen auslösen, gewinnen in einem Fermentation genannten Prozeß aus Mikroben-Kulturen die Grundstoffe der Lebensmittel-Industrie. Zitronensäure etwa wird aus den Mikroben des Schimmelpilzes Aspergillus Niger fermentiert.

Die Fermentation kommt im Herstellungsverfahren von einem Drittel aller Lebensmittel zur Anwendung. Dabei spielt zunehmend auch „modernste Biotechnik“ eine Rolle, wie das Firmen-Info von HAARMANN & REIMER stolz verkündet. Spezielle Gene beschleunigen die Reakti-

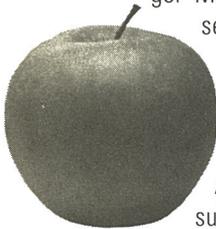
onszeit der Kleinstlebewesen. Andere sorgen als Träger entsprechender Erbsubstanz für „natürlichen Geschmack“. Legte der gelungene synthetische Nachbau von Stoffen wie Vanille den Grundstein der Lebensmittelzusatzstoffe-Industrie, so ist es ihr nun mittels der Gentechnik gelungen, die Natur selber in den Herstellungsprozeß einzubinden und beliebig zu reproduzieren.

Risiken und Nebenwirkungen

In den biotechnischen Verfahren werden stets Antibiotika eingesetzt. Bei der konventionellen Fermentation verhindert Penicillin das Wuchern unerwünschter Bakterien-Kulturen im Nährboden. Die gentechnische Methode arbeitet mit Antibiotika-resistenten Genen, die an das zu duplizierende Erbmaterial gekoppelt sind. Sie trotzen dem Antibiotika-Beschuß und zeigen so zweifelsfrei an, ob die DNA-Übertragung geglückt ist. Mit dem Verzehr der entsprechend hergestellten Nahrung gelangen Rückstände davon in den menschlichen Organismus. Gemeinsam mit den ebenfalls Antibiotika-gesättigten Produkten der Massentierhaltung sorgen sie dafür, daß sich immer mehr Antibiotika-Resistenzen herausbilden. Die Folge:

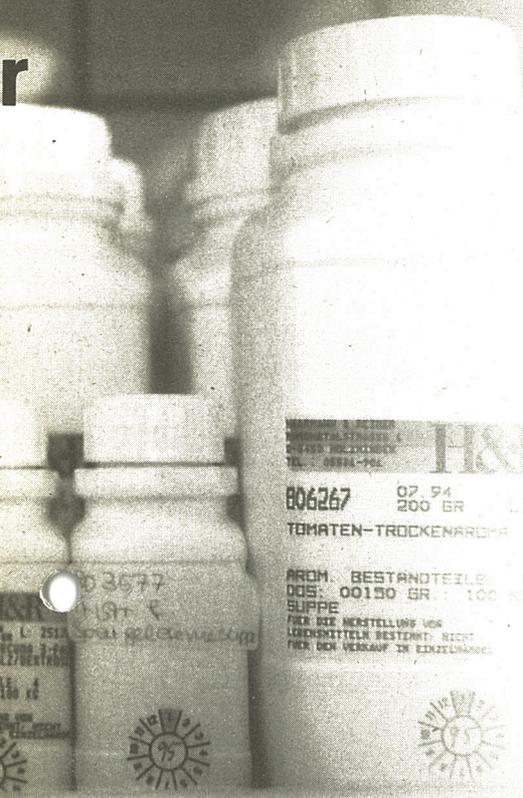


Tomaten-Trockenaroma in der Entwicklungsabteilung bei der BAYER-Tochter H&R



Joachim E. Röttgers

r



schon besiegt geglaubte Infektionskrankheiten stellen wieder eine Bedrohung dar.

Die größte Gesundheitsgefahr, die von der industriellen Nahrungsmittel-Produktion ausgeht, liegt jedoch im Auslösen von Lebensmittel-Allergien. Nach vorsichtigen Schätzungen sind 5 % der BundesbürgerInnen betroffen; der Bundesverband der Betriebskrankenkassen setzt die Quote der Gefährdeten sogar bei 15 % an. Für den Anstieg der Zahlen machen sowohl der Ernährungsbericht der Bundesregierung von 1992 als auch die Welternährungsorganisation FAO die Lebensmittel-Zusatzstoffe und die Art ihrer Herstellung verantwortlich. „Je mehr Enzyme, desto mehr Allergien“, so lautet die Grundregel der MedizinerInnen. Und Vanillin, HAARMANN & REIMERS Prototyp synthetischer Zusatzstoffe, gilt dem Allergologen Dr. Michael Häbele als eines der Haupt-Allergene.

Besonders gefährlich sind die versteckten Allergie-Auslöser. Da selbst die unscheinbarsten Lebensmittel eine unüberschaubare Reihe von Ausgangsmaterialien enthalten, ist es dem Allergiker

unmöglich, sich umfassend zu wappnen. Eine englische Nuß-Allergikerin erlitt einen tödlichen Schock, als sie ein Zitronen-Pie aß, in dem Nuß-Fragmente verarbeitet worden waren. Ein Biß in einen Hamburger hätte ähnliche Folgen haben können. Auch in dem Junk-Fraß befinden sich Nuß-Spuren.

Eine Experten-Kommission des Straßburger Europarats stuft lediglich 391 von 2.176 Geschmacksstoffen als unbedenklich ein. 180 Aromen hielt das Gremium für so gesundheitsgefährdend, daß es von der Verwendung abriet. Stoffe wie Allylalkoholester können Krebs verursachen; Phosphate in Babynahrung haben in Japan schon zu Massenvergiftungen geführt.

Der modernen Lebensmittelindustrie sind Grundstoffe wie Eier, Milch und Zucker zu kostbar, als daß sich mit ihnen rentabel wirtschaften ließe. Also ersetzen die Lebensmittelchemiker sie durch billigere Surrogate. Da der Fließband-Fraß zu wenig Nährstoffe enthält, kann sich paradoxerweise in den reichsten Ländern der Erde ein Phänomen wie die Mangelernährung herausbilden. In der Schweiz kam eine Studie zu dem Ergebnis, daß ein Drittel aller SchülerInnen an Vitamin- und Mineralstoffmangel leidet. Und durch eine Kalzium-Unterversorgung droht die Knochenschwund-Krankheit Osteoporose - bisher älteren Menschen vorbehalten - zu einer neuen Kinderkrankheit zu werden.

Etikettenschwindel

Wollte man alle Zusatzstoffe auf den Lebensmitteln deklarieren, so müßte jeder Brühwürfel eine Packungsbeilage haben. Statt dessen einigten sich Politik und Wirtschaft auf windige Sprachregelungen, die mehr verschleiern als offenlegen. Alles, was der Natur synthetisch nachempfunden ist, gilt als natürlich. Und existiert eigentlich gar nicht: als sogenannte „Nichtzusatzstoffe“ oder „Nichtzutaten“ brauchen sie keine Zulassungsverfahren über sich ergehen zu lassen. „Naturidentisch“ - also gleich und doch nicht gleich - heißt das dann auf den Verpackungen. Hinter der Bezeichnung „natürliches Aroma“ kann sich auch gentechnisch hergestelltes verbergen. Denn unter die Kennzeichnungspflicht der „Novel Food-Verordnung“ fallen Zusatzstoffe und Aromen nicht. Sie gilt nur für direkt verarbeitetes Gen-Food und wird selbst da hintergangen.

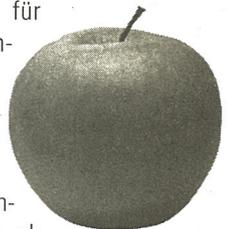
Zitronensäure zu verkaufen

HAARMANN & REIMER will seine Zitronensäure-Produktion abstoßen. Nach den Worten von BAYER-Chef Dr. Manfred Schneider auf der Hauptversammlung gehört es nicht mehr zu den Kern-Aktivitäten des Unternehmens. Der wahre Hintergrund ist aber das Kartell-Verfahren, das in den USA gegen HAARMANN & REIMER wegen illegaler Preisabsprachen im Zitronensäure-Markt angestrengt wurde. Das brachte dem Konzern eine schlechte Presse und verhagelte laut *Handelsblatt* das Geschäft. Im Falle des Verkaufs würden 1.300 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz verlieren, kündigte HAARMANN & REIMER-Geschäftsführer Lambert Courth an.

Die Food-Lobby

Für die globale Lebensmittelsicherheit ist der „Codex Alimentarius“ zuständig, eine Organisation der UNO. Seit der Liberalisierung des Welthandels im Zuge der Globalisierung sind seine Beschlüsse weltweit bindend, kein Land kann mehr in Eigenregie strengere Vorschriften erlassen. Klar, daß sich die LobbyistInnen der Food-Multis bei den Zusammenkünften des Codex tummeln. Und bisher hatten sie leichtes Spiel. Sowohl die Positivliste für Zusatzstoffe als auch das Vorhaben, strengere toxikologische Untersuchungen bindend zu machen, kam durch ihre fürsorgliche Belagerung zu Fall. Ein Vorstoß der skandinavischen Länder, Schutzbestimmungen für Allergiker zu erlassen, wurde ebenso abgeschmettert wie das Projekt, eine Zusatzstoff-Datenbank für Lebensmittel-Allergiker einzurichten. So ist weiterhin die Bahn frei für schlechtes, billiges, krankmachendes Essen, das die Sinne täuscht und nur den Bilanzen der Food-Multis guttut.

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFÄHREN lehnt gentechnisch hergestellte Lebensmittel ab und fordert eine Kennzeichnungspflicht auch für gentechnisch hergestellte Zusatz- und Aromastoffe sowie eine klarere Deklaration von künstlich hergestellten Aromen auf den Verpackungen.





Kunst am Gen: die Installation „Mehrlinge“ von Gloria Friedmann in der Bonner „Gen-Welten“-Ausstellung.

Vertrauensbildende Maßnahmen

Die Gentechnik kommt ins Museum

Die Propaganda-Maschinerie in Sachen Gentechnik läuft auf Hochtouren. Mal klotzt der PR-Riese Burson Marsteller europaweit, mal kleckert man eher bedächtig und „dialogbereit“. Mit der Ausstellung „Gen-Welten“, die parallel in Dresden, Mannheim, München, Vevey und in der Bonner Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik gezeigt wird, haben sich die interessierten Kreise nun ein ganz neues Medium erschlossen.

Von Jan Pehrke

Schon das Entrée der Bonner „Gen-Welten“ bringt die Philosophie der „Prometheus im Labor“ betitelten Ausstellung auf den Punkt. Als Blickfang hebt sich eine riesige Uhr vom Boden ab, aus der das Geäst der Schöpfung emporwächst. Der Mensch erscheint darauf als jüngster Trieb, erst fünf vor 12 gesprossen. Links davon ist ein kleiner Kasten mit einer roten Laufschrift an die Wand montiert. Sie zitiert aus Ovids „Metamorphosen“ Passagen über den griechischen Weltenschöpfer Prometheus. Genau gegenüber derselbe Blechkasten, diesmal mit Ausschnitten aus der Bioethik-Konvention gefüttert. Der Mensch, gleichzeitig Hinterbänkler der Evolution wie größt-wahnsinniger Demiurg, als vernunftbegabtes Wesen aber besonnen genug, sich selber Grenzen zu setzen. So die kleine Menschenkunde dieses Ensembles.

Bewußt unkritisch

Für die Sektion „Im Labor“ hat freundlich-erweise BAYER die großformatigen Fotos zur Verfügung gestellt. Davor befinden sich Glastür-Attrappen, an denen Aufkleber die unterschiedlichen Sicherheitsstufen anzeigen. Bei Stufe 2 wird mit Handschuhen gearbeitet, bei Stufe 3 wird nur mit Unterdruck und unter Glas gen-manipuliert. Stufe 4-Labore gibt es in der Bundesrepublik nicht. Kann also nicht viel passieren.

Linker Hand dann eine Art Litfaßsäule, die liebevoll „Die Haustiere der Genetik“ nennt, was sonst „biologisches Material“ heißt und auch entsprechend behandelt wird: die Versuchsobjekte Fisch, Fruchtfliege, Maus - BAYER hat eine Aufnahme einer seiner E. coli-Bakterien beigesteuert.

Den Abschluß des ersten Raumes bildet eine monumental vergrößerte Aufnahme eines sich unterm Mikroskop räkelnden Kleinstlebewesens. Denkt man zumindest. Begibt man sich hinter die riesige Stellwand, auf die das Bild projiziert wird, so erblickt man die unmöglichsten

Labor des Künstlers Harald Fuchs. Spaß muß sein.

Die letzte Station von „Gen-Welten“ thematisiert die Ernährung, die Kulturpflanzen und die Biodiversität. Eine Weltkarte aus Reagenzgläsern, jeweils mit Samen gefüllt, stellt die fünf weitverbreitetsten Gen-Pflanzen vor: Soja, Reis, Tomate, Raps und Kartoffeln.

In unser Besuchergruppe entspinnt sich zum Abschluß noch ein kleiner Disput zwischen Skeptikern der Gentechnik und einem Befürworter, der selbst in der Bio-Industrie arbeitet, wie sich später herausstellt. Der Leiter der Führung hört interessiert zu, ohne in die Diskussion einzugreifen. Dann entläßt er uns mit den Worten: „Die Ausstellung war ja bewußt unkritisch gehalten, damit sich jeder selbst eine Meinung bilden kann“ in das Sahnehäubchen von „Gen-Welten“, die Kunstaussstellung. Dort, wo dank künstlerischer Freiheit ein offenerer und kritische-

durchaus zutrifft, denn die Bonner Schau preist die Genetik nicht euphorisch als neue Schlüssel-Technologie, sondern stellt sie in gedämpften Tönen und bemüht sachlich vor. Nur dezent verweist man auf die

Unterstützung durch BAYER & Co. bei der Beschaffung des Ausstellungsmaterials. Als „Staatsmuseum“ der Bundesrepublik Deutschland mit einem entsprechend hohen Etat ausgestattet, kann man sich die Unabhängigkeit von Sponsoren auch noch leisten. Die Präsentation verzichtet auf spektakuläre Show-Effekte und kommt eher dröge daher. Schulklassen bleibt es vorbehalten, interaktiv zu werden. In vier „Experimente“ genannten Sonder-Veranstaltungen dürfen sie sich beispielsweise per genetischem Fingerabdruck dem Täter auf die Spur machen. Auszug aus der Presse-Mappe: „Eine Probe stammt vom ‚Tatort‘, die vier anderen von ‚Verdächtigen‘. Wir trennen die Restriktionsfragmente durch Agarose-Gel-Elektrophorese und machen sie mit einem ungiftigen Farbstoff sichtbar. Das Bandenmuster wird analysiert, ein ‚Verdächtiger‘ überführt. (...) Verfahrenstechnik: forensische Genetik.“

B-Waffen-Forschung
 findet unbemerkt von der Öffentlichkeit in einer Grauzone zwischen medizinischer, veterinärmedizinischer und landwirtschaftlicher Forschung statt. Die Nutzung „ziviler“ Forschung für „biologische“ macht die Sicherheit und Unbarkeit von logie deutlich.
 sogenannte W a f f e n „Gefährlich-kontrollier-Gentechno-Genetechnologie dient sowohl der Entwicklung von Krankheitserregern wie manipulierten Milzbrandbakterien - gegen die jeder potentielle Feind absolut wehrlos ist - als auch der Immunisierung der angreifenden Truppen.“
ACHTUNG - BIOLOGISCHE GEFAHR!

... von Oliver Ressler

Xenotransplantationen
 - also das Einpflanzen von Schweine- und Affenorganen in Menschen - sind „verheißungsvolle“ Forschungsvorhaben. Um eine für die PatientInnen tödliche Abstoßung der Tierorgane zu verhindern, werden diese durch Gen-„vermenschung“ erleichtert. Für viele Tierseuchen gibt es kein Heilmittel, die Auswirkungen könnten gefährlicher als BSE („Rinderwahnsinn“) sein.
ACHTUNG - BIOLOGISCHE GEFAHR!

Plakate gegen Gen-Propaganda ...

rer Umgang mit dem Thema erlaubt ist, soll nach Möglichkeit das Nachdenken über das Gesehene beginnen.

Es sind sowohl Werke ausgestellt, die sich explizit mit den neuen Bio-Technologien beschäftigen, als auch solche, die eher gewaltsam in den Kontext der Schau gedrängt wurden. Mit einer Strauß/Schaf-Kreuzung ist ein Exemplar aus Thomas Grünfelds seltsamen Tierwelten zu sehen. Ein großformatiges Foto von Dieter Huber, „Klone # 92“ betitelt, stellt zwei an ihren Zungen zusammengewachsene Menschen dar. Ein anderes, „Klone # 102“, zeigt ein künstliches Wald und Wiesen-Arrangement. Igor Sacharow-Ross problematisiert die Macht, die der Besitz von genetischen Informationen bedeuten kann, bis hin zum Erschaffen von Replikanten. Seine riesige Foto-Collage darf sogar das offizielle Plakat zur Ausstellung abgeben.

„Die Ausstellung arbeitet bewußt mit einer zurückhaltenden Rhetorik“, verkünden die MuseumsmacherInnen. Was

Nestlé proudly presents

Andere Städte zeigen sich unverkrampfter im Umgang mit der Bio-Industrie. Die Schweizer Ausstellung in Vevey findet gleich im Nestlé-eigenen Museum für Ernährung statt. Was sollte da im „Museumsgarten“ anderes blühen als Raps und Salat gen-made by Nestlé? Die Schau im Dresdener Hygiene-Museum unter Schirmherrschaft der Frau Bundespräsidentin hätte eher die Bezeichnung „Messe“ verdient. AMGEN präsentiert dort seinen Gerinnungsfaktor für rote Blutkörperchen, SMITHKLINE einen neuen Hepatitis-Wirkstoff und SCHERING Interferon. Entsprechend verkaufsfördernd ist das Ganze inszeniert - nicht nur in Dresden. Allorts wird 3D, Touchscreen, Computer-Animation und digitale Interaktion aufgeboden. Per Knopfdruck blinken in München die einzelnen Bestandteile eines vier Meter hohen DNA-Modells auf. Und in Vevey lädt man zu einem „spannenden Computerprogramm“ ein, mit dem

Entgegen aller Beteuerungen seitens Industrie und Wissenschaft
 können sich gentechnisch veränderte Pflanzen im Ökosystem etablieren und es verändern. Manipulierte Gene können aufgenommen werden und gentechnisch veränderte Pflanzen sich mit Wild- und Kulturpflanzen kreuzen. Die Verbreitung der freigesetzten Organismen und führten Gene ist unkontrollierbar und unumkehrbar. Die lebenden, genmanipulierten Organismen und die neu konstruierten Gene können nicht wieder ins Labor zurückgeholt werden.
ACHTUNG - BIOLOGISCHE GEFAHR!

Apparaturen, Schläuche, die ins Nirgendwo führen, Phantasie-Präparate und ein Formel-Wirrwarr: ein Fake-

man den Schorf an Apfelbäumen dingfest machen kann. Interaktives zum Thema „Weizenzüchtung im Mittelalter“ ist gleichfalls am Start. Die Strategie dabei: Wer spielt, akzeptiert die Spielregeln und stellt keine Fragen.

Politischer Schongang

Die bescheidener auftretenden Bonner Gen-Welten erfüllen aber auch ihren Zweck. Es gibt kein Entrinnen vor dem Gen-Diskurs, überall ist DNA, sagt die Ausstellung, in der Pflanzenzucht, in der Ernährung, in der Medizin, in der Kriminalistik und in der Schwangerschaftsvorsorge. Die Katalogtexte bemühen sich zusätzlich, die neuen Entwicklungen in eine historische Kontinuität einzubetten. Liefen nicht schon Mendels Pflanzenkreuzungen auf die Gentechnik zu, und war nicht schon in der Bibel vom Buch des Lebens, das entschlüsselt werden müsse, die Rede? Hans-Günther Gassen datiert das Auftauchen des Begriffs „Biotechnologie“ auf das Jahr 1919, sieht die entsprechende Praxis aber schon seit Beginn von Ackerbau und Viehzucht am Werk. So werden die Erbanlagen zu einer zentralen Kategorie zur Beschreibung menschlicher Kultur erhoben. Nicht ohne politische Folgen. Denn „frei geboren“, wie die Aufklärung den Menschen sah, erscheint der homo sapiens dieser neuen Anthropologie nicht mehr. Er liegt vielmehr an der Kette seiner Erbanlagen, nur noch bedingt zu selbstverantwortlichem Handeln fähig.

Es sind Wissenschaftler selber - und keinesfalls nur die kritischen - die im Katalog vor einem Gen-Reduktionismus

warnen. Ihrer alltäglichen Forschungspraxis stellt sich das Leben in einer Zelle als eine komplexe Wechselwirkung dar, das nicht einfach nur der Programmiersprache des Lebens, der DNA, folgt. Einige zweifeln sogar an, ob der Begriff „Gen“ überhaupt eine empirische Entsprechung hat.

Einiger Skeptizismus also, aber letztlich bleibt die „zurückhaltende Rhetorik“ eben doch Rhetorik. Sie hat die Funktion, durch zur Schau gestellte Nachdenklichkeit die Akzeptanz der Gen-Technologie zu erhöhen. Keine Genetik ohne Bioethik. Nach Ansicht des Sozialwissenschaftlers Ulrich Dolata kann der „Schongang“ sogar zu einem Standort-Vorteil werden. Er schreibt: „Aus all diesen Gründen scheint mir (...) die Strategie einer demokratisch legitimierten Behutsamkeit im Umgang mit der neuen Biotechnologie eine auch mit Blick auf die Zukunft des Standorts und seiner Industrie tragfähige Alternative zum Modell weltmarktorientierter Beschleunigung zu sein.“ Die FAZ sieht es ähnlich. Man hat aus dem „Augen zu und durch“-Debakel, mit der man in den siebziger Jahren die Atomkraft durchpeitschen wollte, gelernt, schreibt sie mit Blick auf den moderaten, „die Ängste der Bevölkerung ernst nehmenden“ Wahlkampf der Schweizer Gen-Industrie, mit dem man die Volksabstimmung zur Gentechnik Ende Juni für sich entscheiden will.

geGen-Welten

Das Projekt „geGen-Welten“, initiiert vom österreichischen Künstler Oliver

Ressler, unternimmt die Anstrengung, die Gen-Werbung von „Gen-Welten“ zu durchkreuzen. Es umfaßt ein ganzes Bündel von Aktivitäten. Die Stadt Graz hat Ressler mit großformatigen, gelb-schwarzen Warnschildern überzogen. Von Litfaßsäulen herab signalisieren sie „Achtung - Biologische Gefahr!“ und klären über Xeno-Transplantation, gen-manipulierte Pflanzen und biologische Waffen auf. Eine Informationsausstellung im Grazer „Forum Stadtpark“ versammelt Flugblätter, Aufrufe, Bekennerschriften, Plakate und Broschüren. In Kooperation mit Initiativen wie BioSkop, dem Gen-ethischen Netzwerk, BürgerInnen beobachten Petunien und dem Basler Appell gegen Gentechnologie wird so der breite Widerstand gegen die neue Biomacht dokumentiert. Im Rahmen dieser Protest-Schau fand eine Podiumsdiskussion statt, zu der auch die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN eingeladen war. Axel Köhler-Schnura berichtete über BAYERs Gen-Aktivitäten, von dem Blutgerinnungsmittel KOGENATE, einem der ersten gentechnisch hergestellten Präparate über Tracy, das Dolly-„Vorläufermodell“ aus BAYERs Stall, bis hin zu neuesten Kreationen. Die Sozialwissenschaftlerin Lisbeth N. Trallori sprach über die Technik-Entwicklung in der Moderne, die sie als einen Prozeß der „Biokratisierung“ beschrieb. Die neue Gen- und Reproduktionstechnologie kennzeichnete sie auch als ein patriarchalisches Herrschaftsinstrument. Die zeitgenössische Kunst als Schauplatz zeitgeistig-konformistischer Biotechnik-Begeisterung, aber auch als Ort politisch-ästhetischer Innovationen gegen den Biologischen Komplex, stand im Mittelpunkt des Vortrags von Renate Lorenz, einer Ausstellungsmacherin aus Berlin.

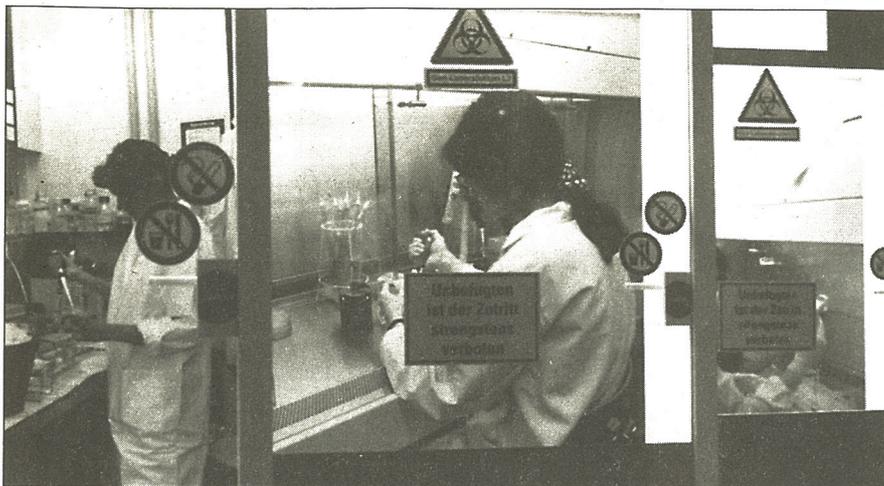
Europaweite PR-Offensive

„Gen-Welten“ ist nur ein Teil der großen Werbe-Maschinerie, die Europa in diesem Jahr überrollt. Sie hat sich zwei Schwerpunkte gesetzt: den „EuropaBio“-Kongress vom 25.-27. Juni und den „Wahlkampf“ zur Schweizer Gentechnik-Volksabstimmung Ende Juni. Beide Kampagnen leitet der amerikanische PR-Riese BURSON MARSTELLER (vgl. STICHWORT BAYER 1/98), der das „Management der Wahrnehmungen“ als firmeneigene Spezialität bezeichnet. Den Amsterdamer Kongress, veranstaltet von EuropaBio, der



Jan Pehlike

Fotos von Genküchen ...



Jan Pehrke

... als BAYER-Exponate in „Gen-Welten“

strategischen Allianz führenden europäischen Gentec-Unternehmen wie NOVARTIS, NESTLÉ, HOECHST und BAYER, will BURSON MARSTELLER werbewirksam als Forum der Wissenschaft verkaufen. Dabei gilt es allerdings, „um jeden Preis die Entstehung eines medienzentrierten Ereignisses zu vermeiden, das automatisch protestierende Umweltgruppen an den Veranstaltungsort Amsterdam locken würde.“ Damit diese Doppelstrategie aus Verschleiern und Vermarkten aufgeht, nimmt man die Berichterstattung gleich in die

eigene Hand und versorgt die „Heimatfront“ mit „von uns produzierten Standardbeiträgen“. Gestreut werden sollen sie in Presse, Funk und Fernsehen, wobei Radio einen Schwerpunkt der Kampagne bildet. (Alle Zitate aus einem internen Strategie-Papier von B-M, in „Raum und Zeit“ von Ursel Fuchs veröffentlicht.)

Die Schweizer Gen-Industrie läßt es sich 35 Millionen Franken kosten, den Ausgang des Ende Juni anstehenden Volksentscheides zur Gentechnologie positiv zu beeinflussen. AktivistInnen hat-

ten ihn durch das Sammeln von 100.000 Unterschriften möglich gemacht. Als „Wahlkampfleiter“ für die Gen-Lobby fungiert der Schweizer Ableger von BURSON MARSTELLER. Den Öffentlichkeitsarbeitern ist kein Mittel zu abgeschmeckt: Man bietet Behinderte in Rollstühlen auf, die sich von den Segnungen der Gentechnik Heilung versprechen. In Zeitungsannoncen werben „niedliche Kinder“ für eine „Zukunft ohne Krebs“. Und in Schulen wird kostenlos der Comic „Kleine Reise durch die Biotechnologie“ verteilt, um schon die lieben Kleinen anzufixen.

Da die harte Tour allein keinen Erfolg verspricht, signalisiert die Industrie zwischendurch Gesprächsbereitschaft. Bei der Kennzeichnungspflicht für Genfood und der Haftpflicht für genmanipuliertes Saatgut läßt man mit sich reden.

Ganz etwas Neues hat man sich im Dreiländereck zwischen der Schweiz, Frankreich und der Bundesrepublik ausgedacht. Die Region will mit Unterstützung der EU ein Bio-Valley werden. Als öffentlichkeitswirksames Wahrzeichen plant man dort mit „Bioscope“ einen Gentec-Erlebnispark. Ein Gen-Spaß für die ganze Familie.



UMWELT FONDS

Entziehen Sie Ihr Geld dem Kreislauf der Konzerne und Banken, geben Sie den Solidarinteressen mehr Gewicht, stärken Sie den **UMWELT**FONDS mit Ihrer Einlage.

Postfach 15 04 18
40081 Düsseldorf

Fon 0211 - 26 11 210
Fax 0211 - 26 11 220

Am Hackenbruch 87
40231 Düsseldorf

eMail: Co_gegen_Bayer@
Nadeshda.gun.de

Ja, ich habe Interesse:

Name : _____

Telefon : _____

Adresse : _____

In der Höhle des Löwen



Vor 20 Jahren entging die Stadt Wuppertal nur knapp einer Katastrophe. Das BAYER-Werk setzte große Mengen von Salzsäure frei. Die Vögel fielen buchstäblich tot vom Himmel, die Bäume warfen ihre Blätter ab, und das Gift drang in die Wohnungen der Menschen ein. Behördlicherseits hieß es, wie zumeist bei solchen „Störfällen“: „Gefahr zu keiner Zeit“. Während auch seitens der Werksmanager in zynischer Weise abgewiegelt wurde („Wem es zu sehr stank, der hätte ja gehen können!“), gründete sich vor Ort eine BürgerInneninitiative, die seither (und mittlerweile als international aktives Netzwerk) dem global tätigen ASPIRIN-Hersteller nach Kräften rund um den Globus Kopfschmerzen bereitet. Axel Köhler-Schnura, der dieses in der Geschichte eines Multis einmalige konzernkritische Netzwerk von Anfang mitaufbaute, zieht die Bilanz eines 20jährigen Engagements.

Über den Anfang

Es war wie zumeist in solchen Fällen: Wir sind alle in die Sache reingerutscht! Ich zum Beispiel war Anwohner des BAYER-Werkes in Wuppertal und arbeitete in Düsseldorf. Ich machte mir zuvor keinerlei großartige Gedanken über BAYER. Dann kam es im Mai und im Juni 1978 zu zwei dramatischen Unglücksfällen im Werk mit Auswirkungen für Tausende von AnwohnerInnen. Beim ersten Unfall ging es wie stets: Am nächsten Tag war die Presse voll, am Wochenende noch einmal LeserInnenbriefe satt, und dann war alles vorbei, es gab neue, andere Schlagzeilen. Auch für mich war der Unfall vorbei. Als aber kurz nach dem ersten Unglück das zweite passierte, da wurde Tausenden - und auch mir - bewußt, daß wir am Rande der Katastrophe vorbeigerutscht waren, und es wuchs ein großer Unmut. In dieser Situation gründeten einige An-

wohnerInnen die „Wuppertaler Bürgerinitiative gegen BAYER-Umweltgefährdung“. Ich gehörte dazu. Im Schnelldurchgang lernten wir in der Folge den Konzern kennen: Einerseits erkannten wir, daß es über die Produktionsgefahren hinaus noch viele weitere Probleme gab - Verseuchung der Wupper, Luftverschmutzung, Probleme mit Pestizid- und Pharma-Produkten usw. usf.; andererseits lernten wir den Konzern aber auch von seiner dunklen Seite kennen, wir wurden als Kommunisten diffamiert, der Werkschutz ging gegen uns tötlich vor, Bespitzelung fand statt, Versuche zur Spaltung der Bürgerinitiative waren an der Tagesordnung. Zugleich zeigte der Konzern keinerlei Bereitschaft, auch nur irgend etwas zu verändern, das einzige, was zählte, waren die Gewinne. Wir lernten die Propaganda zu durchblicken. Wir lernten aber bereits in dieser frühen Phase, daß die Ausein-

dersetzung mit BAYER nur langfristig zu führen ist, daß für diese Auseinandersetzung ein langer Atem nötig ist. Und daß es nötig ist, möglichst viele Menschen einzubeziehen, auch die Belegschaften. Damals war es üblich, einen Gegensatz zwischen Umweltschutz und Arbeitsplätzen zu sehen. Interessierte Kreise - ich sehe da in erster Linie die Konzerne - haben alles getan, diese Frage auf ein Entweder-Oder zuzuspitzen. Wir aber sahen die Notwendigkeit des Gegenteils: „Für Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze bei BAYER!“ hieß unsere Losung. Wir sahen ganz klar, daß einerseits die KollegInnen in den Betrieben den Umweltgefahren am meisten ausgesetzt sind, sie tragen das größte Risiko bei Produktionsunfällen; andererseits war natürlich klar, daß Arbeit die Lebensgrundlage der Menschen bildet. Also müssen gemeinsame Lösungen gefunden werden!



20 Jahre COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN - 20 Jahre Widerstand, Kritik, Gegenwehr.



Als es 1979 in Dormagen zu einer Beinahe-Katastrophe im dortigen BAYER-Werk kam, knüpften wir Kontakte zur dortigen Bevölkerung. Wir mußten erleben, daß BAYER' dort die Menschen mit den gleichen Beschwichtigungsformeln abspeiste wie in Wuppertal. Da war es ungeheuer hilfreich, als BAYER-geschädigte WuppertalerInnen den Dormagener BürgerInnen zur Hilfe zu kommen. Aufgrund unserer Erfahrungen und Argumente sank die BAYER-Propaganda in sich zusammen, es gelang dem Konzern nicht, den Unglücksfall aus den Schlagzeilen zu drängen. Im Rahmen einer Fernsehdiskussion erlitt BAYER eine landesweit ausgestahlte Blamage erster Klasse. Auf diese Weise wurde der Grundstein zu einem BAYER-kritischen Selbsthilfe-Netzwerk gelegt. Und BAYER dämmerte langsam, daß dem Konzern ein bis dahin noch nicht gekannter Widerstand erwuchs, der sich nicht so einfach wie bislang handhaben ließ.

Eine weitere Entwicklung erfuhr unser Netzwerk, als sich 1980 GREENPEACE an uns wandte, um gemeinsam das Abkippen von Giftabfällen aus der Leverkusener Produktion in die Nordsee zu stoppen. Wir empfahlen eine gemeinsam abgestimmte Aktion, die erstmals die wesentlichen Elemente unserer Netzwerk-Strategie ent-

hielt: Direkte am Problem orientierte Aktion, Verallgemeinerung des Problems auf die prinzipiell zugrunde liegende Firmenpolitik, Ausrichtung der Aktionen auf die Verantwortlichkeiten im Konzernvorstand. Und so kam es zu den ersten international abgestimmten Aktionen, der internationalen Dünnsäure-Blockade. Unser Netzwerk entwickelte sich zu einem internationalen Netzwerk. Formal wurde dieser Schritt allerdings erst im Jahr 1983 vollzogen, als sich die „Internationale Koordinationsstelle gegen BAYER-Umweltgefahren“ aus der Wuppertaler Bürgerinitiative heraus gründete. Im Laufe der Zeit veränderte sich der Namen des Netzwerkes mehrmals, bis es dann ab ca. 1987 endgültig bei „COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN“, abgekürzt CBG, blieb. Dem multinationalen BAYER-Konzern war das international organisierte Netzwerk der CBG erwachsen.

Über Kritik auf Hauptversammlungen

Nun, weil der Konzern sich jeder öffentlichen Diskussion von Problemen verweigerte, dachten wir uns, dann stellen wir ihn in einer Situation, in der er nicht ausweichen kann. Das war die aktienrechtlich vorgeschriebene Hauptversammlung. Wir erinnerten uns an Aktionen bei SIEMENS und anderen Firmen, die es immer wieder vereinzelt in der Geschichte der Aktiengesellschaften anlässlich der



Hauptversammlungen gegeben hat, und sehen uns durchaus auch in dieser Tradition. Wir kauften jeweils eine Aktie - denn klar war, wir wollten keine Finanzierung der BAYER-Geschäfte betreiben - und gingen 1983/84 erstmals auf die BAYER-Hauptversammlung nach Köln. Statt einiger dicker, zigarrenbewehrter Kapitalisten strömten ca. 1.200 KleinaktionärInnen in die Messehalle. Darunter sicherlich eine ganze Reihe, denen es deutlich besser und sehr viel besser ging als unsereins, aber die meisten doch Menschen mit den gleichen Nöten und Sorgen um's tägliche Brot wie wir selbst: ArbeiterInnen, Angestellte - darunter sehr viele BAYER-Beschäftigte. Der Nennwert der Aktien, die der durchschnittliche Kleinaktionär in seinem Depot hat, hat sich bis heute kaum geändert: Gerade mal ein bis zwei Tausend Mark.

Diese Erfahrung gab unserem Vorhaben eine zweite Motivation: Wir würden nicht nur die verantwortlichen Manager und Großaktionäre (ausschließlich Männer) zur Rede stellen, sondern darüber hinaus auch den KleinaktionärInnen, darunter viele BAYER-Beschäftigte oder ehemalige BAYER-Beschäftigte, auch den Charakter ihres Aktien-Engagements deutlich machen.

Und so kam es zur ersten „Aktion mit Aktien“: Wir traten in der Höhle des Löwen, in der bis dahin ausschließlich über Profite, Profite und nochmals Profite gesprochen wurde, ans Mikrofon und sprachen über Ausbeutung, Menschen-



rechtsverletzungen, Umweltverseuchung, Arbeitsplatzvernichtung, Machtmißbrauch. Dem damaligen Vorstandsvorsitzenden Prof. Grünewald klappte buchstäblich die Kinnlade runter, und er stotterte minutenlang unverständliche Sätze. Es dauerte geschlagene drei Redebeiträge, bis er sich soweit gefaßt hatte, daß er wieder einen zusammenhängenden Satz über die Lippen bekam. Der Saal reagierte mit spontanem Applaus, und ein entsetzter Aktionärsvertreter der traditionellen Art stürzte ans Mikrofon, um sein verwirrtes Hirn zu offenbaren: „Wenn das alles stimmt, was hier vorgetragen wurde, dann sitzen da oben ja lauter Verbrecher!“ rief er, mit ausgestrecktem Finger auf die Riege des Managements zeigend. Die heiligen Hallen des Kapitals wurden durch Kapitalismuskritik säkularisiert.

Und was dann in den folgenden Jahren kam, übertraf unsere kühnsten Erwartungen: Jahr für Jahr strömten Tausende von KleinaktionärInnen mehr nach Köln, bis dann schließlich mit 24.000 TeilnehmerInnen der Höhepunkt erreicht war. Der BAYER-Konzern mußte alle Register ziehen, um diesen Zustrom einzudämmen. Trotzdem ist die BAYER-HV aufgrund unserer spektakulären alljährlichen Aktionen auch heute noch mit ca. 6.000 bis 7.000 TeilnehmerInnen eine der größten Hauptversammlungen der Welt. Und: Wir bekommen zunehmend Unterstützung traditioneller AktionärInnen, die uns ihre Aktien-Stimmrechte übertragen. Dabei war aber doch stets klar, daß es ausschließlich um die Auseinandersetzung mit dem Management, mit den Konzernstrukturen ging. Abstimmungserfolge verbaten sich von Anfang an. Das Kapital hatte stets die nahezu 100%-igen Mehrheiten sicher in Händen. Einige wenige Banken und Versicherungen besitzen oder

vertreten auf jeder Hauptversammlung 99,5% aller anwesenden Aktien, die vielen Tausend übrigen AktionärInnen lediglich das restliche halbe Prozent.

1986 gründeten wir den „Dachverband der kritischen AktionärInnen und Aktionäre“, damit andere Gruppen aus unseren Erfahrungen lernen konnten. In der Folge kam diese Aktion bei

immer mehr Konzernen und Banken zur Anwendung, heute vertritt der Dachverband bereits mehr als eine Million Aktien bei rund 100 Gesellschaften.

Über internationale Solidarität

Einem multinationalen Konzern kann am wirksamsten multinational entgegengetreten werden. Dies ist ebenso wichtig wie die Tatsache, daß gemeinsam wirksamer gekämpft werden kann als einzeln. Also müssen sowohl breite als auch internationale Bündnisse aller Betroffenen geschaffen werden. Wo immer Menschen auf dieser Erde Probleme mit BAYER bekommen oder haben, stellen wir uns solidarisch an ihre Seite und versuchen darüber hinaus, weitere Solidarität zu organisieren. Das war so, als ein australisches Dorf gegen die Ansiedlung eines neuen BAYER-Werkes inmitten eines Naturschutzgebietes kämpfte; als Menschen in Irland, Schottland, Kanada, USA und vielen anderen Ländern zu Opfern verschiedener BAYER-Produkte wurden; als in den Niederlanden sich breite Bündnisse gegen die Verschmutzung des Rheins durch BAYER zur Wehr setzten usw..

Die Menschen in den Ländern der sogenannten Dritten Welt werden von den Konzernen und natürlich auch von BAYER besonders grausam ausgebeutet. Also gilt es in diesen Fällen besondere Solidarität zu leisten. Oftmals liegt die Entlohnung der BAYER-Angestellten in Ländern der sog. Dritten Welt weit unterhalb der Existenzminimums. Unser Netzwerk hat dies von Anfang an berücksichtigt. Es kommt nicht von ungefähr, daß wir den Kampf streikender peruanischer BAYER-ArbeiterInnen mit ca. 12 Tausend Mark mühsam zusammengetragener Spendengelder unterstützten, daß die Lebens- und Produktionsbedingungen türkischer, spanischer, lateinamerikanischer,

afrikanischer, asiatischer BAYER-KollegInnen in unseren Aktionen stets im Vordergrund standen. Wir haben KollegInnen aus vielen BAYER-Werken aus aller Welt auf unsere Kosten nach Deutschland geholt, damit sie hier persönlich ihre Probleme dem Konzern und der Öffentlichkeit vortragen konnten. Ebenso haben wir uns stets besonders für die Menschen in diesen Ländern eingesetzt, die ganz besonders unter rücksichtsloser Vermarktung gefährlicher Pestizide, Pharmazeutika und anderer Produkte zu leiden haben.

Über die Zuspitzung der Aktionen auf BAYER

Wir beschränken uns nicht auf BAYER, sondern sehen BAYER stellvertretend für die Chemische Industrie Deutschlands. Dies ist aufgrund der unglaublichen Geschichte dieses Industriezweigs legitim. Denn es war tatsächlich so, daß in ihrer nunmehr ca. 130-jährigen Geschichte die deutsche Chemische Industrie 40 Jahre lang unverhohlen einheitlich agierte, zwanzig Jahre lang sogar zusammengefaßt war im einheitlichen Super-Konzern der IG FARBEN. 1948 wurde dieser Trust zwar per Urteil des Nürnberger Kriegsverbrecherprozesses aufgelöst in seine Bestandteile BAYER, HOECHST, BASF, SCHERING und wie sie alle heißen, doch die harmonische, einvernehmliche Zusammenarbeit besteht weiter. Nicht mehr formal im IG FARBEN-Konzern, auch nicht mehr unverhohlen wie in den Zusammenschlüssen ab 1906 - das wäre nach den Erfahrungen der Geschichte für die Industrie zu riskant; die Konzerne agieren informell. BAYER spielt dabei - wie auch zuvor ab 1906 - eine sicherlich führende Rolle. Insofern widmen wir uns schon längst auch den alten IG FARBEN-Schwestern.

Darüber hinaus ist unsere Arbeit jedoch auch von ganz allgemeiner Bedeutung. Alles was an Erfahrung, Analyse und Bewertung multinationaler Konzerne geleistet wird, machen wir konkret. BAYER ist das konkrete Beispiel eines Multis - die Erfahrungen, die aus der Auseinandersetzung mit BAYER resultieren, sind wichtig für jede Auseinandersetzung mit Konzernen überhaupt. Insofern ist die Konzentration auf BAYER keine Beschränkung, sondern eine Bereicherung des politischen Kampfes gegen multinationale Konzerne. Dies wird auch deutlich, wenn wir immer wieder die Erfahrung machen, daß auf Kongressen wie der Rio-Gegen-Konferenz und dem IWF-Tribunal unsere

Erfahrungen wertvolle Inputs für politische Resolutionen leisten. Nur durch unsere Diskussionsbeiträge wurden z. B. politische Forderungen im Hinblick auf multinationale Konzerne in die Abschlusserklärungen der Rio-Gegen-Konferenz oder auch des „Konziliaren Prozesses für den Erhalt der Schöpfung und die Bewahrung des Frieden“ aufgenommen.

Über die Entwicklung vom Multi zum Globi

Da wir außerordentlich nah am Konzern dran sind, entdeckten wir bereits Mitte der 80er Jahre die Ambitionen bei BAYER, sich zu einem Global Player zu entwickeln. Wir durchblickten die Strategien und Absichten des Managements, sich international führend zu positionieren, die eigene Machtsphäre auszuweiten und die internationale Konkurrenz in die Schranken zu weisen. Die ganze heute offenkundige Aggressivität war uns deutlich früher sichtbar als der allgemeinen Öffentlichkeit. Entsprechend entwickelten wir die Formel „Vom Multi zum Globi“ und dehnten unsere Aktivitäten auf neue Politikfelder aus. Wir beteiligten uns an den Aktionen gegen das „Europa der Konzerne“, gegen die Weltbank und all die anderen internationalen Durchsetzungsgremien konzernorientierter Profitstrategien. Das aktuellste Beispiel ist unser Engagement gegen den Gipfel der Konzernoffensive, das Multilateral Agreement on Investment, kurz MAI.

Über Gegenwehr, Werkschutz und Diffamierung

BAYER hat eine ganze Reihe von Strategien und Taktiken entwickelt, uns in unserer Arbeit zu behindern und in unserer Wirksamkeit zu beschränken. Eine der Säulen ist die Diffamierung. BAYER diffamiert ohne jede Differenzierung die CBG und auch jeden, der mitarbeitet, als kommunistisch. National und international. Dabei baut der Konzern auf die tief verwurzelten und über viele Jahrzehnte hinweg aufgebauten antikommunistischen Ressentiments. Das ging soweit, daß BAYER eines schönen Tages bei einer Aktion von uns den Werkschutz Fahnen der Deutschen Kommunistischen Partei schwenken ließ, nur damit die Medienbilder eine kommunistisch dominierte Aktion suggerierten, oder daß der Konzern Schaubilder an die Presse gab, in der in einem Diagramm dargestellt wurde, wie ich persönlich vom ZK der KPdSU über das ZK der SED angeleitet, die „Zer-

störung“ des BAYER-Konzerns betreibe..

Eine weitere Methode ist es, den AktivistInnen der CBG jedwede Qualifikation und Berechtigung abzusprechen. Egal mit wieviel Doktor- oder Professorentiteln der Kritiker ausgestattet ist, seine Kritik ist, bleibt und wird nach BAYER-Auffassung immer „unqualifiziert, unwissenschaftlich und unhaltbar“ bleiben. Darüber hinaus wird der Ruf der KritikerInnen nach Kräften geschädigt. Sie werden in den wissenschaftlichen Gremien isoliert und diffamiert. Niemals in offener Debatte, stets hinter den Kulissen und mit vorgeschobenen Strohmännern. Das geht bis zu Stellvertreter-Prozessen von Berufsgenossenschaften o. ä., die die KritikerInnen zermürben sollen.

Gleichzeitig spaltet der Konzern, wo er kann. Er dividiert in gute KritikerInnen, spricht solche, die sich beeinflussen lassen, die auf den roten BAYER-Teppich hereinfliegen - und böse KritikerInnen, also jene, die unbeirrbar bei ihrer Meinung bleiben und ihre Forderungen aufrecht erhalten. Mit entsprechenden Sondierungsaufträgen machen sich Werkschützer während Aktionen und bei anderen Gelegenheiten an die TeilnehmerInnen heran, machen Angebote etc. Auf diese Weise gelang es BAYER etwa, einen Kampfstoff-Kritiker der Vereinigung „Wissenschaftler für den Frieden“ als Chef-Genetiker einzukaufen. Wir gehen davon aus, daß der BAYER-Werkschutz für jeden einzelnen der KritikerInnen Psychogramme erarbeitet, um genau solche Strategien abzuschätzen und auszuweichen. Das geht durchaus soweit, daß einerseits auch Gelder und andere Zuwendungen fließen; andererseits gedroht und unter Druck gesetzt wird. Nach unserer Auffassung gibt es schwarze Listen mit den Namen der KritikerInnen, die aller Wahrscheinlichkeit nach sogar an den Verfassungsschutz weitergereicht werden. Der Einfluß des Konzerns geht soweit, daß einer Pastorin der Evangelischen Kirche der Pastoren-Titel aberkannt wurde, daß Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren oder versetzt werden usw.

Und schließlich sind da die Medien. BAYER treibt einen gigantischen Aufwand, die Medien soweit unter Druck zu setzen, daß nicht nur keine Kritik erscheint, sondern darü-

ber hinaus positiv berichtet wird. Der Konzern überwacht in eigenen Zentren die Fernseh- und Radiostationen in aller Welt. Wir waren im RTL-Frühstücksfernsehen in aller Herrgottsfrühe gerade einmal ein paar Minuten auf Sendung, da rief bereits die BAYER-Medienabteilung an und forderte kategorisch nichts weniger als den Abbruch der Sendung. Und mensch soll nicht meinen, das hätte keine Wirkung. Die Leute von BAYER wissen, welche Macht sie haben. Sie bestimmen über genau die Milliarden, mit denen Kirch und Bertelsmann ihre Profite ziehen. Die Werbeetats in gigantischer Höhe sorgen nicht selten für eine beschämende Hofberichterstattung mit einer verinnerlichter Zensur.

Natürlich führt der Konzern auch mit aller Härte seine riesige Rechtsabteilung gegen KritikerInnen ins Feld. Ganze Heerscharen von JuristInnen existieren ausschließlich aufgrund der zahllosen Prozesse, die der Konzern in aller Welt gegen KritikerInnen vom Zaun bricht. Auch dabei kommt es oft zu Stellvertreterprozessen, in denen andere im Interesse des Konzerns den Prozeß führen. In solchen Fällen ist von vornherein verloren, wer solche Prozesse ausschließlich juristisch führt. Es gilt einfach die Erfahrung von Jahrhunderten, die Justiz ist stets Klassenjustiz. Und BAYER gehört nun mal zur herrschenden Klasse. Wir haben in einer endlosen Zahl von Fällen miterleben müssen, wie Menschen, Organisationen und selbst Regierungen - z. B. die belgische - vor BAYER in die Knie gegangen sind, obwohl sie nach allen Regeln des gesunden Menschenverstands und auch nach dem Verständnis angesehener JuristInnen alle Rechte der Welt auf ihrer Seite hatten. Auch wir wurden neun lange Jahre lang von BAYER mit Prozessen wegen Verleum-



derung u. ä. überzogen. 150.000 Mark kostete uns diese Auseinandersetzung. Allerdings gewannen wir in einem Schlüsselverfahren letztinstanzlich vor dem Bundesverfassungsgericht, BAYER wurde offensichtlich aufgrund größerer Interessenszusammenhänge - in die Schranken gewiesen. Wir konnten einen Sieg für die gesamte demokratische Bewegung unseres Landes erringen.

Über die nächsten 20 Jahre

Mit der COORDINATION wurde eine einzigartige Organisation geschaffen. Es hat noch niemals in der Geschichte multinationaler Konzerne, egal wo auf dieser Welt, ein solches Netzwerk wie die CBG gegeben. Dies ist ein großartiger Erfolg. Er zeigt: Gegen all die Machenschaften multinationaler Konzerne hilft nur das breite politische Bündnis aller Betroffenen. Nur so gelingt es, einen Konzern wie BAYER in die Schranken zu weisen. Die COORDINATION lebt. Sie lebt nicht nur, sie wächst und gedeiht. Das zeigt, daß solch ein Bündnis funktioniert. Es ist nicht einfach, die politische Front gegen einen Konzern wie BAYER zu schmieden, aber es ist möglich. Das vielleicht wichtigste Ergebnis unserer Arbeit ist, daß wir zeigen, daß es möglich ist, gegen einen Konzern wie BAYER erfolgreich aufzustehen. Das macht Mut, das ist ein Sargnagel nicht nur am Sarg des Multis BAYER, sondern an den Särgen aller Konzerne und Banken. Denn eines ist klar: Uns geht es nicht nur um weniger giftige Pestizide, sicherere Arbeitsplätze, weniger gefährliche Pharmazeutika etc. Was wir wollen, das ist eine Zukunft für uns, für unsere Kinder, für den Planeten, die nicht mehr von Konzernen wie BAYER tagein tagaus bedroht wird. Wir wollen eine menschen- und umweltgerechte Produktion bei BAYER. Und das wird nur mit einem Betrieb gehen, der nicht mehr den Charakter eines kapitalistisch organisierten Multis hat. Insofern bin ich sicher, daß unser Beispiel früher oder später Schule machen wird, daß auch bei anderen Multis solche Bündnisse und Netzwerke ähnlich unserem entstehen werden. Auch bin ich sicher, daß unser Netzwerk stärker werden wird; daß das Bündnis an Breite und Stärke gewinnen wird. Wir werden BAYER auch über die Jahrtausendwende hinweg begleiten. Ich habe bereits drei Vorstandsvorsitzende bei BAYER erlebt. Nicht einer von ihnen hätte sich träumen lassen, daß die COORDINATION seine

Amtsperiode überdauert. Die Vorsitzenden kommen und gehen, die CBG aber wird bestehen (in Abwandlung einer Aussage des BAYER-Vorstandsvorsitzenden Dr. Manfred Schneider: „Regierungen kommen und gehen, BAYER bleibt.“)!

Erfolge sind möglich

Ausgewählte Beispiele aus 20 Jahren Arbeit der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN. Es wurden zudem eine endlose Zahl von Verbesserungen im Umweltschutz, im Sozialbereich und in der Arbeitssicherheit erreicht:

1978:

Gründung der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN und Aufbau des Netzwerkes.

1979:

Erzwingung einer breiten öffentlichen Debatte über Produktionssicherheit, bei der BAYER in einer Fernseh-Diskussion eine empfindliche Schlappe erleidet.

1980:

Erfolgreiche Blockade der Gift-Pipeline in Leverkusen (Dünnsäure-Blockade).

1981:

Enthüllung, daß der Experte der Bundesregierung bei der Abrüstungskonferenz für chemische Waffen, Prof. Hoffmann, von BAYER ist.

1982:

Spektakuläre Enthüllungen über die Verwicklung von BAYER in Entwicklung und Produktion des chemischen Kampfstoffes VX der US-Armee.

1983:

Beteiligung an der Organisation des Internationalen Wassertribunals (IWT) in Rotterdam und Ausarbeitung der Klage gegen BAYER. Im Ergebnis wird der BAYER-Konzern von einer prominenten Jury internationaler Fachleute schuldig gesprochen.

1984:

Erstmals Reden kritischer AktionärInnen auf der BAYER-Hauptversammlung. Diese Aktion war Vorbild für zahlreiche ähnliche Aktionen auch bei anderen Konzernen und Großbanken. 1986 wirkten wir bei der Gründung des „Dachverbandes der kritischen Aktionärinnen und Aktionäre“ mit.

1985:

Umfangreiche Enthüllungen über die Verantwortung des BAYER-Konzerns für den „Speiseöl-Skandal“ in Spanien, der Tausenden das Leben bzw. die Gesundheit kostete.

1986:

Beteiligung an der „Dünnsäure-Blockade“ bei BAYER/Antwerpen. Im Ergebnis wurde die Gesetzgebung geändert, und BAYER stellt 1990 das Abkippen hochgiftiger Dünnsäure in die Nordsee „freiwillig“ ein.

1987:

Aufgrund massiver Proteste konnte der Bau eines BAYER-Werkes im australischen Wattenmeer verhindert werden.

1988:

Aufgrund einer Solidaritätskampagne mußte BAYER entlassene brasilianische GewerkschafterInnen wieder einstellen.

1990:

Kampf gegen das BAYER-Pestizid LEBAYCID in Griechenland. Der Bürgermeister der Insel Paxos bedankt sich bei der CBG für die Unterstützung in der Auseinandersetzung mit BAYER. Die CBG ist Gründungsmitglied des Pestizid-Aktionsnetzwerkes/PAN.

1991:

Nachdem die CBG von BAYER verklagt worden war, errang sie letztinstanzlich vor dem BVG einen weit über den Konflikt BAYER/CBG hinausreichenden Sieg für Meinungsfreiheit und Demokratie. BAYER scheiterte mit dem Versuch, demokratische Rechte abzubauen.

1992:

Enthüllungen über todbringende Arbeitsbedingungen bei der BAYER-Tochter CHROME CHEMICALS in Südafrika.

1993:

Auftritt kolumbianischer BlumenpflückerInnen auf der BAYER-Hauptversammlung gegen BAYER-Pestizide.

1994:

Aktionen gegen die wissentliche und tödliche Infizierung von vielen tausend Blutern in aller Welt mit AIDS durch verseuchte BAYER-Medikamente.

1995:

Initiierung der Kampagne „Nie wieder!“ zur Entschädigung der IG FARBEN-ZwangsarbeiterInnen durch BAYER und andere Konzerne.

1996:

Erstmals in der Geschichte von Aktiengesellschaften erzwang die CBG ökologisch-orientierte Tagesordnungspunkte auf einer Aktionärsversammlung. Da eine große Zahl der anwesenden AktionärInnen mit der CBG stimmte, mußte BAYER eine bittere Niederlage hinnehmen.

1997:

Der Bau einer 2,3 Milliarden teuren Chemie-Anlage in Taiwan kann wegen ihrer Gefährlichkeit gestoppt werden.

1998, 1999, 2000 ...:

Weitere Aktionen und Erfolge hängen von der Unterstützung unserer Förderer ab. Bitte helfen Sie mit.

Diese Liste ist unvollständig und enthält nur einige wesentliche Beispiele unserer



Zwielichtige Sachverständige im Auftrag von BAYER & Co

Richter in weißen Kitteln

(ho) Gutachter gelten als unabhängig und unparteiisch. Ihr Urteil entscheidet bei Gericht über die Anerkennung von Ansprüchen durch Gifte am Arbeitsplatz und im Haushalt. Kein Wunder, daß BAYER und andere Großkonzerne alles daran setzen, unternehmerfreundliche „Expertisen“ zu erhalten. So lassen sich Milliarden sparen. Doch die Opfer gefährlicher Industriestoffe gehen leer aus, bleiben auf der Strecke.

1960 wurden 24 % aller Krankheiten als berufsbedingt anerkannt und entsprechende Rentenzahlungen bewilligt. 30 Jahre später sinkt die Quote auf 7,5 %. Der Grund für diese Entwicklung: Gefälligkeitsgutachten, die helfen, Milliardenansprüche an die Industrie abzuwehren. Wie die ZDF-Reportage „Gesucht wird ...“ (7.1.98) berichtet, sind die Auffassungen der Sachverständigen zu bestimmten Themen den Versicherungen, Chemiekonzernen und Berufsgenossenschaften bereits vor der Beauftragung hinlänglich bekannt, die Ergebnisse der Gutachten vorhersehbar. So konnte etwa die „Vereinte Versicherung“ in einem Begutachtungsfall zum Thema „Amalgam“ mit gutem Grund davon ausgehen, daß der hinzugezogene Experte Prof. T. Zilker vom Klinikum rechts der Isar/München alle Ansprüche der Geschädigten abwehren würde. Der Kieler Toxikologe Prof. Otmar

Wassermann, aufgrund seiner kritischen Expertenmeinung immer wieder unter Beschuß des BAYER-Konzerns geraten und bei Gericht wegen angeblicher Parteilichkeit schlecht gelitten, ereifert sich: „Die Glaubwürdigkeit der Wissenschaft steht auf dem Spiel.“ Viele Kollegen, so Wassermann, „maßen sich die Macht an, Richter in weißen Kitteln zu sein.“ Für Angela Vogel, Geschäftsführerin des Verbandes „Arbeits- und berufsbedingt Erkrankter“ in Altenkirch hat die industriefreundliche Gutachtertätigkeit Methode. Viele Sachverständige seien nachweislich Stammgutachter der Unfallversicherungsträger (UVT) und Berufsgenossenschaften. Aufgrund lukrativer Aufträge durch die Träger, vornehmlich Großkonzerne, fertigten sie zumeist schlampige Gutachten an, die alle darauf hinaus liefen, daß die Opfer leer ausgingen. Angela Vogel wörtlich: „Solche Gutachter können

nicht als unabhängig gelten.“

Einer der Gefürchtetsten seiner Zunft ist der Heidelberger Arbeitsmediziner Prof. Gerhard Triebich. Er soll laut Anklage der Staatsanwaltschaft in mehreren Fällen „unrichtige Gutachten“ erstellt haben. Auch ein Gericht in Gelsenkirchen äußerte „erhebliche Zweifel“ an Triebichs Unabhängigkeit und warf ihm vor, Stellungnahmen „im Fließbandverfahren“ anzufertigen. Innerhalb eines einzigen Jahres hat Triebich 259 Gutachten verfaßt. Dazu Otmar Wassermann: „Das kann keine Qualität mehr sein, das ist fabrikmäßige Produktion von Gefälligkeitsgutachten.“

ÄrztInnen, die es genauer nehmen, stehen als Gutachter nicht gerade hoch im Kurs, wie etwa der Trierer Nervenarzt Dr. Peter Binz, der sich wiederholt den Zorn von BAYER zugezogen hat, weil er Nervenschäden von Winzern auf das

Uralt-Super-Gift E 605 zurückführte, das in großem Maßstab von Hubschraubern auf die Felder und die umliegenden Höfe ausgebracht wird. Selbst die Ärztekammer wurde gegen Binz aufgebracht. Sie urteilte, daß es sich bei von Binz festgestellten berufsbedingten Schäden in einer Schuhfabrik um Irrtümer und Falschdarstellungen handele. Obwohl sämtliche Überprüfungen die Richtigkeit der Diagnosen von Binz bestätigt haben, macht sich die eigene Standesorganisation zum Handlanger von Industrieinteressen. Die Berufsgenossenschaften haben Peter Binz über die Ärztekammer ein Verfahren wegen „mangelnder Auskunftswilligkeit“ an den Hals gehängt und versucht, ihm die Zulassung absprechen zu lassen. So wollte man einen unbequemen Arzt und Gutachter loswerden. Doch Dr. Binz konnte nachweisen, daß der gegen ihn erhobene Vorwurf, er habe den Kollegen Prof. Dr. Triebich beleidigt, nicht zutreffend war. Binz unterstellte lediglich, was auch die Staatsanwaltschaft beschäftigte, nämlich die Erstellung von Falschgutachten durch Triebich. Diesmal war Dr. Binz noch einmal mit einem blauen Auge davongekommen. Das Standesverfahren wurde gegen Zahlung einer Geldbuße eingestellt. Doch die Stoßrichtung der Berufsgenossenschaften und der hinter ihnen stehenden Unternehmen ist klar: Wer das industriefreundliche Gutachterwesen entlarvt, soll mundtot gemacht werden.

Die Kadenschmiede der deutschen Gefälligkeits-Halbgötter ist das Institut für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin der Universität Erlangen, von der auch Prof. Triebich kommt. Bei allen wichtigen Gerichtsverfahren werden Wissenschaftler dieser Schule hinzugezogen. Der Rechtsanwalt Dr. Hans Joachim Dohmeier sieht sich einem Komplott ausgeliefert. Die herrschende Meinung in der Arbeitsmedizin werde durch gezielte Besetzung von Lehrstühlen mit Erlanger Absolventen organisiert. Drahtzieher sei der Direktor des Institutes, Prof. Gerhard Lehnert. Als er für die Berufsgenossenschaft der DEUTSCHEN BAHN diverse Gutachten über die Kontamination mit dem krebserregenden Stoff PCP anfertigte, leugnete er einen Zusammenhang zwischen dem Industriegift und schweren Erkrankungen jedesmal mit den gleichen Standardformulierungen. Lediglich die Namen der Geschädigten wurden notdürftig ausgetauscht. Wie schlampig Lehnert die Untersuchungen durchgeführt

hat, wird allein schon daran deutlich, daß einem Patienten in ein und demselben Gutachten drei verschiedene Namenskürzel zugeteilt wurden. Lehnert (bzw. seine Sekretärin) hatte schlichtweg versäumt, die Namen der zuvor mit nahezu identischem Wortlaut Begutachteten konsequent auszutauschen. Aufgrund dieser obskuren Expertisen verweigerte die Berufsgenossenschaft die Anerkennung von Entschädigungszahlungen. Dabei hielt ein Gericht es für zulässig, Prof. Lehnert einen Experten für „Unbedenklichkeiten“ zu titulieren. Der Wissenschaftler pflegt enge Beziehungen zur (chemischen) Industrie und ist, wie die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN wiederholt nachgewiesen hat, alles andere als unabhängig. Im Holzgiftprozeß, dem größten Umweltverfahren in der Nachkriegsgeschichte, wurde Prof. Lehnert von BAYER-DESOWAG engagiert, um die Harmlosigkeit von PCP und LINDAN zu belegen. Lehnert erbot sich zusätzlich, „in seinem Bereich“ Ausschau nach Wissenschaftlern zu halten, die kritische Gutachten von Wassermann und anderen entkräften könnten. Auch das mittlerweile aufgelöste Bundesgesundheitsamt wurde zum Zweck der Verharmlosung von Holzgiften in Dienst genommen. BAYER-DESOWAG hat einem internen „streng vertraulichen“ Papier zufolge Anfang der neunziger Jahre 420.000 Mark für eine Studie gezahlt, die unter einem Tarntitel in Auftrag gegeben wurde, weil, so die Firmennotiz, „die politische Brisanz einer solchen Studie durch die Industrie“ sehr hoch sei. Ein derartiges Vorgehen habe, wie im Fall einer nachweislich falschen Lehnert-Studie, die angeblich belegt, daß PCP bzw. Dioxin kein Krebs erzeugt, „weltweit Abscheu“ hervorgerufen, urteilt Prof. Wassermann.

Im Holzgiftprozeß, dem größten Umweltverfahren in der Nachkriegsgeschichte, wurde Prof. Lehnert von BAYER-DESOWAG engagiert, um die Harmlosigkeit von PCP und LINDAN zu belegen.

Selbst dem Frankfurter Staatsanwalt Erich Schöndorf konnte seinerzeit nicht entgehen, daß die Industrie versucht hat, Gutachter für den Holzgiftprozeß „in rigoroser Weise zum eigenen Vorteil zu beeinflussen“. Warum, das erläutert der mittlerweile aus Protest gegen die Aufhebung des von ihm erwirkten Urteiles

gegen zwei Manager der DESOWAG durch den Bundesgerichtshof (BGH) zurückgetretene Ankläger anhand des Ausmaßes der Schäden: „Da kommen allein Gebäudeschäden in Höhe von 360 Milliarden D-Mark zusammen. Dies kann selbst ein Großkonzern nicht bezahlen.“ Um die finanzielle Katastrophe abzuwenden, sollten gewogene Gutachter die entsprechenden Expertisen verfassen. Schöndorf heute: „Die Konzerne hatten Listen mit den entsprechenden Gutachtern und Vermerken, wer genehm und wer nicht genehm ist.“ Schließlich: „Man wußte genau, wen man mit Erfolg durchbringen mußte, um letzten Endes die Prozesse zu gewinnen.“ Doch Erich Schöndorf sammelte höchstpersönlich tonnenweise Aktenmaterial bei unzähligen der insgesamt abertausenden Betroffenen und entlarvte die Befangenheit der BAYER-Gutachter. Die Holzgift-Manager wurden zu Freiheitsstrafen auf Bewährung verurteilt, ein in der Nachkriegsgeschichte einmaliger Vorgang. Doch der Bundesgerichtshof kassierte den Frankfurter Richterspruch, weil ein einziger Gutachter angeblich die Position der Staatsanwaltschaft zu vehement vertreten habe (SWB berichtete mehrfach zum Holzgiftprozeß). Die Umstände der BGH-Entscheidung sind pikant: Kurz vor der Aufhebung des Frankfurter Urteils traf sich der damit beim BGH befaßte Richter Martin Niemöller auf einem Seminar mit Dr. Siegfried Rixen, Top-Manager der neuen DESOWAG-Mutter SOLVAY. Der BAYER-Konzern hatte rechtzeitig vor dem Frankfurter Urteil seine Anteile an der DESOWAG abgestoßen.

Auch zwischen BAYER und dem BGH gab es persönliche Kontakte. Der Firmensyndikus und Leiter der Rechtsabteilung, Dr. Michael Strucksberg, ist am 13. März 1997 anläßlich einer Fachtagung über praktische und rechtliche Aspekte bei der Durchführung von Hauptversammlungen mit dem Vorsitzenden Richter Volker Röhrich zusammengetroffen.

Die Kontakte waren offenkundig äußerst hilfreich. Obwohl die Giftigkeit von PCP heute eindeutig feststeht und der Stoff seit Jahren verboten ist, gehen die Opfer der Holzgifte leer aus. Und schon steht ein neuer Skandal ins Haus: Die wiederum von BAYER entwickelten synthetischen Pyrethroide, Nachfolger des PCP's, stehen ebenfalls im Verdacht, schwere Gesundheitsschäden, darunter Krebs, zu verursachen. Dem Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucher-

schutz und Veterinärmedizin (BgVV), Nachfolgeeinrichtung des aufgelösten Bundesgesundheitsamtes, liegen bereits über 60 dokumentierte Fälle von schweren Schädigungen durch Pyrethroide vor. Wieder wurde ein Gutachter eingeschaltet: Prof. Dr. Holger Altenkirch aus Berlin. Das Urteil seiner in Kollegenkreisen und

Der Rechtsanwalt Dr. Hans Joachim Dohmeier sieht sich einem Komplott ausgeliefert. Die herrschende Meinung in der Arbeitsmedizin werde durch gezielte Besetzung von Lehrstühlen mit Erlanger Absolventen organisiert. Drahtzieher sei der Direktor des Institutes, Prof. Gerhard Lehnert.

selbst beim BgVV aufgrund zweifelhafter Methodik und Auswahlverfahren der Testpersonen gerügten Arbeit: Bei nur sechs von 23 PatientInnen sei eine Schädigung durch Pyrethroide nicht ganz ausgeschlossen, ein für BAYER äußerst günstiger Befund, weil das BgVV nun nicht gegen

diese von ExpertInnen als äußerst bedenklich eingestuften Stoffe vorgehen muß. Altenkirch wörtlich: „Kein Hinweis auf chronische Pyrethroidvergiftung.“ Wieder einmal hat also ein Gutachter durch seine Tätigkeit die Ansprüche von Opfern abgewehrt und der ungehinderten Vermarktung einer giftigen Substanzgruppe Vorschub geleistet. Und wieder einmal scheint es eine unheilige Allianz zwischen Sachverständigen und Kontrollbehörden zu geben. Immerhin: Das BgVV hat die Pyrethroide vor ihrer Zulassung geprüft und weitestgehend für unbedenklich gehalten. Ein gegenteiliges Urteil von Prof. Altenkirch wäre nicht nur peinlich, sondern auch politisch hoch brisant. Doch Altenkirch wie BgVV-Leiter Prof. Wolfgang Lingk weisen jede Beeinflussung entschieden zurück. Dabei ist die materielle Abhängigkeit Altenkirchs vom BgVV offensichtlich: Auch bei der Besetzung des Leiters für die zweite vom BgVV in Auftrag gegebene Studie fiel die Wahl erneut auf Prof. Altenkirch. Die zweite Untersuchung soll die methodischen Mängel der ersten quasi wettmachen. Diesmal solle auch nach Soffwechselprodukten

Forderungen

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN fordert:

- Freie GutachterInnenwahl für Betroffene
- Beweislastumkehr: Nicht die Geschädigten müssen nachweisen, daß sie kontaminiert wurden, sondern die Hersteller müssen nachweisen, daß sie unschuldig sind
- Umfassende Produkthaftung/Rückgriffhaftung, Entschädigung aller Opfer
- Strafrechtliche Verfolgung von Falsch- und Gefälligkeitsgutachtern sowie deren Auftraggeber (Versicherungsträger und Konzerne)

von Pyrethroiden im Urin gesucht werden, wohl wissend, daß kleinere Mengen im Blut nicht nachweisbar sind. Und weil dies so ist, konnte die erste Studie, die lediglich das Serum der Betroffenen untersuchte, auch keinen Hinweis auf chronische Vergiftungen feststellen. So schließt sich der Kreis.

Der Dormagener Störfall



Eine Real-Fiction und ihre realen Folgen

Klas Ewert Everwyn
Coordination gegen
BAYER-Gefahren (Hg.)
Schmetterling Verlag

Von
BAYER
gerichtlich
verfolgt

Positives Presse-Echo

„Nachdem ... ein tatsächlicher Störfall im BAYER-Werk Dormagen bundesweit für Schlagzeilen sorgte, hat jetzt eine Katastrophe, die in der Zukunft und dazu noch in einem Buch stattfindet, einigen Staub aufgewirbelt.“ *Westdeutsche Zeitung/WZ*

„Die Angst der BAYER AG vor der Macht des Orakels. Der Chemiekonzern und die Sprengkraft des Rentners Jüsten: Ein literarischer Störfall.“ *Frankfurter Rundschau*

„In seinem Science-Fiction-Werk ... schildert das 'drastische Talent' (Die Zeit) Everwyn in 'ätzender Prosa' (die Welt) die Allmacht des Industriekonzerns über die Einwohner des rheinischen Städtchens.“

Der Spiegel
Und BAYER??

„Es ist doch etwas anderes, ob man sich mit der Kritik an gegenwärtigen Zuständen auseinanderzusetzen hat oder ob ein Schriftsteller BAYER lediglich diffamiert ... Das hat mit literarischer Freiheit nichts zu tun.“

BAYER in 'BAYER direkt'

 coupon

Ja, Ich bestelle _____ Exemplare „Der Dormagener Störfall“ à 29,80 DM zzgl. 8,00 DM Porto/Versand.

Bitte abbuchen bei:

Bank

Konto

BLZ

Vorname / Name

Straße / Ort

Datum / Unterschrift

Coupon bitte ausschneiden und einsenden an:

Coordination gegen BAYER-Gefahren, Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf, Fon 0211 - 33 39 11, Fax 0211 - 33 39 40, eMail Co_gegen_Bayer@Nadeshda.gun.de

Vergangenheitsbewältigung im Kalten Krieg

IG FARBEN vor Gericht



Zum 50. Mal jährt sich im Juli das Datum der Urteilsverkündung im Kriegsverbrecherprozeß gegen die IG FARBEN. Was damals als großangelegtes Verfahren gegen die NS- Verbrechen eines Großkonzernes begann, endete in den wichtigsten Anklagepunkten wie „Vorbereitung eines Angriffskrieges“ und „Teilnahme am Massenmord“ mit Freisprüchen für die 23 IG FARBEN-Verantwortlichen.

Von Dietrich Eichholtz*

IG FARBEN-Verantwortliche vor dem Nürnberger Kriegsverbrechertribunal. „Den Zwangsarbeitern sei kein besonderes Leid zugefügt worden, da man sie ohnehin getötet hätte“ gab der ehemalige BAYER-Chef Fritz ter Meer zu Protokoll.

Zwölf Jahre NS-Diktatur und der von Deutschland entfesselte Eroberungs-, Vernichtungs- und Rassenkrieg forderte Dutzende Millionen Opfer. Der Ruf nach Bestrafung der Verantwortlichen für das Unheil, das die Deutschen unter Hitlers Führung über die Welt gebracht haben, erfaßte in dieser Zeit große Teile der Weltbevölkerung. Das dringende Bedürfnis der Menschheit, sich vor diktatorischen Regimen, vor Krieg, Massen- und Völkermord zu schützen, verlangte und verlangt nach neuen Formen internationalen Rechts und internationaler Politik. Das von den vier Alliierten eingesetzte internationale Militärtribunal und die vom Kontrollrat ausgearbeiteten völkerrechtlichen Richtlinien stellten in dieser Beziehung einen historischen Fortschritt dar.

„Angeblich war den IG-Verantwortlichen „eine dem Sittengesetz entsprechende Wahl“, d. h. eine Ablehnung der Zwangsarbeit (...) nicht möglich.“

Der Prozeß gegen 23 angeklagte Hauptvertreter des IG-Farben-Konzerns, darunter der Aufsichtsratsvorsitzende und alle Vorstandsmitglieder, begann am 27. August 1947 und endete mit der Urteilsverkündung am 29. Juli 1948. Trotz der Vernichtung vieler belastender Akten und Dokumente durch die Deutschen kurz vor Kriegsende und trotz der kurzen Zeit, die den US-Rechercheuren zur Verfügung stand, war die Anklagevertretung ausgezeichnet vorbereitet. Ihr erdrückendes, in 95 Dokumentenbüchern aufbereitetes Beweismaterial überragte das der übrigen Verfahren des US-Militärgerichts bei weitem. Und trotzdem gelangten die drei amerikanischen Richter zu einem skandalös milden Urteil: zehn Angeklagte wurden freigesprochen, die übrigen zu Gefängnisstrafen zwischen anderthalb und acht Jahren verurteilt; von diesen wurden weitere vier sofort freigelassen. Die übrigen kamen zu Beginn der 50er Jahre frei.

Schon während des Hauptkriegsverbrecher-Prozesses hatte der Kalte Krieg mehr und mehr die internationale Politik bestimmt. Die antifaschistischen Kräfte in der amerikanischen Untersuchungs- und Anklagebehörde verloren mehr und mehr an Boden. Sie wurden verdächtigt, Kommunisten zu sein oder einen „jüdischen Rassismus“ zu praktizieren. Demgegenüber setzte sich die Linie der Schonung der deutschen Industriellen und Militärs

immer mehr durch, da man sie als Bündnispartner brauchte.

Rechtlich wurde der politische Gnadenakt damit begründet, „daß die schuldige juristische Person, nämlich die IG, nicht vor dem erkennenden Gericht steht und in diesem Verfahren nicht den vom Strafgesetz angedrohten Stafen unterworfen werden kann.“ (1)

Vom ersten Anklagepunkt, dem Verbrechen gegen den Frieden, wurden sämtliche Angeklagten freigesprochen. Nach Meinung des Gerichts waren sie an der Planung, Vorbereitung, Einleitung und Durchführung von Angriffskriegen nicht beteiligt. Die spitzfindige Begründung des Gerichts beruhte vor allem auf der Behauptung, die Angeklagten hätten alle „tief unter der Gruppe“ um Hitler gestanden, die höchst geheim den Krieg plante. „Dem durchschnittlichen deutschen Bürger, sei er Akademiker, Bauer oder Industrieller, kann ... schwerlich die Kenntnis davon unterstellt werden, daß die Beherrscher des Reiches planten, Deutschland in einen Angriffskrieg zu stürzen“, so das Gericht.

Doch die Dokumente der Anklagebehörde, auf Grund neuerer Forschungen in den realen historischen Zusammenhang gebracht, überführen diese Argumentation der Unwahrheit. Seit das Hitler-Regime installiert worden war, herrschte über bestimmte Expansionsziele Einigkeit in den Kreisen der Elite. Die Vierjahresplan-Denkschrift Hitlers vom August 1936 mit der Forderung, daß Wehrmacht und Wirtschaft binnen vier Jahren kriegsbereit zu sein hätten, entstand auf der Grundlage von Daten, die der damals vom „Führer“ frisch ernannte Rohstoff- und Devisenkommissar Hermann Göring von IG-FARBEN-Experten erhalten hatte. Göring stieg daraufhin zum „Beauftragten für den Vierjahresplan“ auf. Seine wichtigste Stütze war und blieb der ihm vom IG-FARBEN-Konzern zur Verfügung gestellte Expertenstab unter Leitung des Angeklagten Carl Krauch, seinerzeit Mitglied des Vorstands und des allmächtigen Zentralausschusses der IG. De facto trat Krauch seit 1938 in wichtige Vollmachten Görings ein.

Die Vierjahresplan-Organisation - ein militärisch-industrieller Komplex, in dem außer der IG FARBEN auch andere Rüstungskonzerne sowie höchste Parteilstellen und Obere Reichsbehörden integriert waren - befand sich seitdem in entscheidenden wirtschaftspolitischen Kommandopositionen. Es war vor allen ande-

ren die genannte IG FARBEN-Experten-Gruppe, die ihre wirtschaftlichen Planungen mit systematisch betriebenen, unmittelbar kriegsvorbereitenden wirtschaftsstrategischen Arbeiten verknüpfte. Davon sind für das Jahr 1938 zu nennen:

- die genaue Datierung eines vom Standpunkt der wirtschaftlichen Vorbereitungen frühestmöglichen Kriegsbeginns auf Herbst/Winter 1939 im Krauchschen „Schnellplan“ für Pulver, Sprengstoffe und chemische Kampfstoffe
- die berüchtigten Giftgasdenkschriften aus der von Krauch geleiteten Reichsstelle für Wirtschaftsausbau mit der dringenden Empfehlung, im kommenden Krieg im größten Stil Giftgas anzuwenden (2)

Im April 1939 stellte Krauch in einem umfassenden Bericht an den Generalrat des Vierjahresplans mit großer Eindringlichkeit fest, die „wehrwirtschaftliche Autarkie der Antikomintern-Koalition“, die in dem zu erwartenden Krieg „den Anstrengungen fast der ganzen übrigen Welt gewachsen“ sein müsse, sei nur zu erreichen durch die „Schaffung eines einheitlichen Großwirtschaftsblocks der vier europäischen Antikomintern-Partner“ (Deutschland, Italien, Ungarn, Spanien), „zu denen bald Jugoslawien und Bulgarien hinzutreten müssen“ und der „seinen Einfluß ausdehnen (müsse) auf Rumänien, Türkei, Iran“.

„Die Verwendung von Konzentrationslagerhäftlingen und ausländischen Zwangsarbeitern in Auschwitz stellt (...) ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar ...“

Mitte Mai 1939 faßte Krauch für Göring seine zentralen Expansionsforderungen als knappe Gedächtnisstütze zusammen: „Südosteuropa bietet: Mineralöl, Bauxit, dazu Chrom, Blei, Kupfer, Zinn, Quecksilber, Antimon, Bor; Spanien bietet: Quecksilber, Schwefelkies, dazu Blei, Kupfer, Zink, Eisenerze. Ukraine bietet: Eisenerze, Manganerze, sowie Erdöl.“ (3)

Die strategische Planung, die in diesen Geheimdokumenten den politisch und militärisch Verantwortlichen vorgeschlagen wurde, war hinreichend klar: Der unvermeidliche Krieg gegen die Westmächte sollte zwecks Verbreiterung der wirtschaftlichen Basis in Gestalt einer

„Großraumwehrwirtschaft“ möglichst noch herausgeschoben werden; „bei Aufrechterhaltung des Friedens im Mittelmeer“ müsse die „günstige, noch nicht voll erschlossene Rohstoffbasis“ Spaniens für Deutschland genutzt werden; im Osten sei vorerst der Handel mit der UdSSR zu intensivieren, „im Kriegsfall“ (gegen Westen) müsse man sich allerdings der Reichtümer der Ukraine bemächtigen. Mit diesem Programm harmonisierte die reale Politik der anschließenden Monate eindrucksvoll, besonders Hitlers Entschluß, in Paktverhandlungen mit der Sowjetunion einzutreten, und die Aktivitäten von Görings Sonderemissär Helmuth Wohlthat und der Handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes.

Rechtlich wurde der politische Gnadenakt damit begründet, „daß die schuldige juristische Person, nämlich die IG, nicht vor dem erkennenden Gericht steht.“

Der die Verantwortlichen am schwersten belastende Anklagepunkt war der, daß beim IG FARBEN-Konzern Konzentrationslager-Häftlinge, Kriegsgefangene und Verschleppte aus den besetzten Gebieten Zwangsarbeit leisten mußten, mißhandelt und - in vielen zehntausenden Fällen - ermordet wurden. Hier waren die Beweise und die Zeugenaussagen so erdrückend, daß das Gericht nicht umhin konnte, fünf der Angeklagten zu mehrjährigen Gefängnisstrafen zu verurteilen.

Im Verhältnis ist dieses Urteil vom heutigen Standpunkt aus allerdings besonders skandalös, da allein das Verhalten der IG im Fall Auschwitz nach der Todesstrafe für sämtliche Vorstandsmitglieder und direkt Beteiligten verlangt hätte. Die Ausführungen und Begründungen des Gerichts gerade in diesem Punkt erscheinen als Gipfel juristischer Spitzfindigkeit und Heuchelei.

Zunächst hatte das Gericht zwei Unterpunkte der Anklage als nicht genügend begründet zurückgewiesen. Im ersten Fall handelte es sich um die Mitverantwortung der IG für den Massenmord an den Juden und anderen KZ-Häftlingen durch das Giftgas Zyklon B, das von der IG FARBEN-Tochter DEGESCH hergestellt und vertrieben wurde. IG-Vorstandsmitglied Wilhelm Mann, der Verwaltungsratsvorsitzender der DEGESCH war, wurde freigesprochen.

Im zweiten Fall handelte es sich um medizinische Versuche an KZ-Häftlingen. Unter anderem wurden sie mit Fleckfieber infiziert, um bestimmte Medikamente zu testen. Das Gericht wies hier ebenfalls das Beweismaterial der Anklage zurück und folgte der Behauptung der Verteidigung, die Angeklagten hätten „berechtigterweise angenommen“, daß in den KZs „ein berechtigtes Bedürfnis für diese Medikamente“ bestanden hätte.

Im Jahre 1939 beschäftigte der Konzern 150.000 Menschen, 185.000 im Jahre 1942 und im Oktober 1944 schließlich rund 240.000, darunter 83.300 ausländische Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge. Das Zwangsarbeiterprogramm als Ganzes war den Unternehmern nach Meinung des Gerichts vom NS-Regime aufgezwungen worden. Angeblich war den IG-Verantwortlichen „eine dem Sittengesetz entsprechende Wahl“ (4), d.h. eine Ablehnung der Zwangsarbeit wegen der Terrorordnung von Gestapo und Justiz nicht möglich. Demzufolge ließen die Richter die Schutzbehauptung des „Notstands“ als Strafmilderungsgrund sehr weitgehend gelten.

Im Fall Auschwitz sah sich das Gericht allerdings genötigt, ein aktives Mitwirken der IG FARBEN am Zwangsarbeiter-Regime festzustellen, da sie mit der SS gemeinsam den Bau des Außenlagers Monowitz betrieben hatte. „Die Verwendung von Konzentrationslagerhäftlingen und ausländischen Zwangsarbeitern in Auschwitz stellt, wenn man berücksichtigt, daß die leitenden Beamten der IG aus eigenem Antrieb Maßnahmen zur Beschaffung und Verwendung dieser Arbeitskräfte getroffen haben, ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar und gleichzeitig, sofern es sich um Angehörige fremder Staaten handelt, auch ein Kriegsverbrechen, und insoweit greift die Berufung auf einen angeblich durch das Skla-

venarbeitsprogramm des Reiches geschaffenden Notstand nicht durch.“

Die Beschäftigung mit den Verbrechen des IG FARBEN-Konzerns ist alles andere als von rein akademischem, historischem Interesse. Die IG FARBEN-Liquidationsgesellschaft glaubt sich im Besitz von Eigentumsansprüchen im Osten Deutschlands, die längst verwirkt sind, aber durch den Zusammenbruch des „realexistierenden“ Sozialismus wieder in den Bereich des möglichen Zugriffs, einer „modernen“ Neuordnung gerückt scheinen. Bei sich bietender Gelegenheit werden unzweifelhaft auch Ansprüche auf weiter östlich gelegenes IG-„Eigentum“ angemeldet werden.

Die eigentlichen Ansprüche, die zu stellen sind, sind aber diejenigen der vom Konzern Ausgebeuteten und Geschädigten. Soweit überhaupt diskutiert, werden diese Ansprüche von Liquidationsgesellschaft und Nachfolgegesellschaften vehement abgewehrt. Aber die Opfer der IG FARBEN-Verbrechen haben ein unverbrüchliches Anrecht auf Wiedergutmachung. Es ist, historisch gesehen, allerhöchste Zeit, daß der Auflösungsbeschluß von 1948 endlich realisiert wird und sämtliche verfügbaren Mittel der Liquidationsgesellschaft - vorbehaltlich der Ansprüche gegen die IG FARBEN-Nachfolgegesellschaften BAYER, BASF und HOECHST - in einen Fonds zur Entschädigung der Zwangsarbeiter und anderer Opfer eingebracht werden.

Anmerkungen

- (1) Bundesarchiv Berlin (BArch) Nürnberger Nachfolgeprozesse, Fall 6, Seite 216
- (2) BArch, Fall 6, Schnellplan vom 13.8. 1938
- (3) BArch, Fall 6, NI-7858, Memo v. 16.5. 1939
- (4) BArch, Fall 6, Seite 262f

* Professor Dr. Dietrich Eichholtz ist Wirtschaftshistoriker und unter anderem Autor des mehrbändigen Werkes „Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1933-1945. Eine längere Fassung seines Aufsatzes ist im Heft 10 des „Bulletins für Faschismus und Weltkriegsfor-